:antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 8.8.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

Sarrazin in Bad Iburg

Bad Iburg/Osnabrück. Der Osnabrücker Kreisverband der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD) will am 19. September in Bad Iburg eine Veranstaltung mit Thilo Sarrazin (SPD) durchführen. Die Veranstaltung unter dem Titel „Der neue Tugendterror“ soll im Rahmen des „Iburger Salons“ der AfD Osnabrück stattfinden. Der im Juni 2013 gegründete Kreisverband unter dem Vorsitz von Bodo Suhren verfügt – nach eigenen Angaben – derzeit über 85 Mitglieder.

hma ■

„Zwischentag“ verlegt

Düsseldorf. Nachdem ein Hotel in der Düsseldorfer Innenstadt dem dort geplanten „Zwischentag“ eine Absage erteilt hat, wird das Vernetzungstreffen der extremen Rechten nun räumlich verlegt. Die Veranstaltung soll nun am 6. September in einem anderen Hotel im „Großraum Düsseldorf“ stattfinden. Der neue Veranstaltungsort sei nicht „ganz so zentral“ gelegen, „aber trotzdem erstklassig“, heißt es bei „facebook“. Nachdem der ursprünglich als Referent angekündigte Brüsseler Professor David Engels seine Teilnahme abgesagt hat, wurde eine vorläufige Liste der „Aussteller“ bekannt gegeben. Darunter finden sich eine Reihe extrem rechter Verlage und Publikationen, die „Identitäre Bewegung Deutschland“, die rassistische Internetseite „PI-News“, die „Deutsche Burschenschaft“ und die sog. „Bürgerbewegung Pax Europa e.V.“. *hma* ■

„Lesertreffen“ im Hufhaus

Harztor/Südharz. Die neofaschistische Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ will vom 5. bis 7. September ihr diesjähriges „6. Lesertreffen“ im „Ferienhotel Hufhaus-Harzhöhe“ in Harztor im Südharz durchführen. Organisator Meinolf Schönborn aus Herzebrock-Clarholz, einst Chef der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“, kündigt als Referenten u.a. Dr. Axel Stoll und Peter Schmidt, die Gründer des „Neu-Schwabenland-

Aus dem Inhalt:

Initiative Keupstraße in München 2
Solidarität und Polemiken rund um den Gazakrieg 8

Für eine neue internationale Friedenspolitik

Erklärung der FIR

Aus Anlass des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 und des 75. Jahrestages der Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, ruft die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, der Dachverband von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus fünfundzwanzig Ländern Europas und Israels Friedenskräfte, politische Gruppen und Regierungen zu gemeinsamen Anstrengungen für eine neue internationale Friedenspolitik auf.

Die Kriege 1914-18 und 1939-45 waren nicht das Resultat von „Schlafwandlern“ oder einer „Koalition totalitärer Regime“, sondern Ausdruck der Durchsetzung imperialistischer Interessen um Macht- und Einflussgebiete in Europa und der Welt. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde in den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition auf der Potsdamer Konferenz und mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 der Versuch unternommen, eine Neuordnung in den internationalen Beziehungen zu erreichen, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir erinnern daran, dass vor gut 40 Jahren durch das Handeln der Völker und Staaten im KSZE-Prozess die Hoffnung bestand, dass in Europa die Gefahr eines Krieges beseitigt sei.

Seit dem Krieg gegen Jugoslawien und mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine erleben wir, dass auch in Europa die Kriegsgefahr noch real ist. Wenn auch anders begründet als 1914 bzw. 1939, geht es immer noch um die Durchsetzung hegemonialer Interessen, um Einflussgebiete und – zunehmend um den Zugriff auf Rohstoffe. Dabei beansprucht das Militärbündnis NATO für sich einen weltweiten Einsatzraum – vorgeblich zur „Verteidigung westlicher Werte“, wobei Verletzungen von Menschenrechten, selbst Massenmorde nach Rohstoffinteressen bewertet werden. Auch das Selbstbestimmungsrecht von Völkern wird dabei missachtet.

Als „Botschafter des Friedens“ der Vereinten Nationen rufen wir die UNO, die internationalen Organisationen und gesellschaftlichen Kräfte auf, Initiativen für eine neue internationale Friedenspolitik zu entwickeln. Dazu gehören die Anerkennung des Existenzrechtes aller Staaten sowie die Durchsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Auch die Staaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament könnten ihren Beitrag dazu leisten, wenn sie einer Militarisierung der Außenpolitik eine Absage erteilten.

In diesem Sinne appellieren wir an Friedenskräfte, Parteien, Gewerkschaften und Kritiker der Globalisierung, sich in Aktionen, Abstimmungen und Erklärungen für eine neue internationale Friedenspolitik einzusetzen. Die FIR ruft ihre Mitgliedsverbände dazu auf, sich mit ihren historischen Erfahrungen an solchen Initiativen zu beteiligen.

Treffens“ aus Berlin, Andreas Wolfgang Sauer, den Gründer der „Deutschen Schule“, und Hartmut Wostupatsch aus Würzburg, ein ehemaliger Weggefährte Michael Kühnens, an. Den musikalischen Teil soll der „Liedermacher“ Sebastian Döhring bestreiten. *hma* ■

Bischof sanktioniert

VATIKANSTADT. Wie der Vatikan mittlerweile bestätigte, ist der Leiter des Bistums Ciudad del Este, Bischof Rogelio Livieres Plano, sanktioniert worden. Plano, ein „Opus Dei“-Mitglied, dürfe vorerst keine Priester mehr weihen, so Vatikansprecher Federico Lombardi. Vorausgegangen war eine „kirchenrechtliche Untersuchung“ der Vorgänge im Bistum Ciudad del Este durch einen Gesandten des Papstes. Dieser werde bald einen detaillierten Bericht vorlegen, heißt es. *hma* ■

Initiative Keupstraße in München

KÖLN. Am Montag, den 21.7.2014, sind wir mit 12 Leuten nach München gefahren, darunter drei Prozessbeteiligte aus der Keupstraße.

Auf unserem Programm stand am Montagnachmittag ein Treffen mit dem Münchener Netzwerk, abends im Residenztheater ein Besuch des Theaterstücks „Urteile“ von Christine Umpfenbach mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema „Alltag und Rassismus“, zu dem NSU-Watch und wir auf’s Podium eingeladen waren. Am Dienstag wollten wir gemeinsam den NSU-Prozess besuchen, bevor wir nachmittags wieder nach Köln zurückfuhren.

Zwei Jahre haben Christine Umpfenbach und Tunay Önder Interviews mit 20 Personen aus dem Umfeld von Habil Kılıç und Theodoros Bulgaridis geführt, die 2001 und 2005 in München vom NSU ermordet wurden.

Die Interviewten sind Familienmitglieder, Arbeitskollegen, Freunde der Ermordeten, Journalisten und Politiker. (Die Polizei hat Interviews verweigert). Die drei Schauspieler bringen diese Texte szenisch auf die Bühne. Dabei werden diese Situationen so intensiv dargestellt, dass man als Zuschauer_in das beklemmende Gefühl bekommt, diesen Szenen beizuwohnen - ohne etwas tun zu können.

So wie der Ausspruch von Schily, die bisherigen Erkenntnisse „deuten nicht auf einen rechtsterroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu“ hin, in Köln die Keupstraße zur Verfolgung freigegeben hat, war es in München die Schlagzeile am Tag nach dem Mord an Theodoros Bulgaridis, „Eiskalt hingerichtet – Das siebte Opfer. Türkenmafia schlug wieder zu“, mit der die Familie des Opfers auf der Suche nach ihrer Verbindung zu einer „Türkenmaffia“ so drangsaliert wurde, dass sie keine Alternative sah als Deutschland zu verlassen.

Wenn die Ehefrau von Habil Kılıç mehrfach nach ihrer Ehe ausgefragt wird, die Ermittler die Wohnung durchschnüffeln, wird noch mal deutlich, wie Menschen, die nach so einem Verbrechen Zuneigung und Unterstützung benötigen und verlangen können, stattdessen wie Verbrecher behandelt werden. Wie der Bruder und die Schwägerin des Ermordeten nach drei Wochen seinen Laden reinigen müssen, sein Blut zusammenschaben - und begraben. Die Tochter muss die Schule verlassen, weil Eltern und Lehrer um die Sicherheit fürchten. Gleichzeitig erleben wir, wie Ermittler gar nicht anders denken können, als in rassistischen Kategorien: als die Verhörten auf ihre Fragen nicht antworten können, kommt niemand auf die Idee, dass sie vielleicht wirklich nichts wissen, nein, „sie blockieren durch ihr Schweigen die Ermittlungen“. (Genau wie der Kölner Staatsanwalt, der nach 4 Jahren die Ermittlungen des Bombenanschlags einstellt, und nicht etwa sagt, wir haben keine Spur, oder wir sind auf der falschen Spur, sondern „Die halten dicht. Wir kommen keinen Schritt weiter.“) Sie lassen die Schuld bei den Opfern – und sehen nach dem 4. November 2011 absolut kein Fehlverhalten (was ihre rassistisch beschränkte Sicht noch mehr unter Beweis stellt).

Dauernd stoßen wir im Stück auf Parallelen zu den Kölner Ereignissen und sie beweisen für sich: das ist kein Zufall, dahinter steckt ein System. …

Das Stück endet mit der Frage der Schwiegermutter des ermordeten Habil Kılıç: „Wer hat eigentlich den Befehl gegeben, uns so zu quälen?“Das herauszufinden, dazu wollen wir beitragen. *(… Im neuen Spielplan wird weitergespielt, aber es gibt wohl noch keine Termine. Ich kann nur empfehlen, dass künftige Prozessbesuche so gut wie möglich mit den Vorführungen abgestimmt werden.)*

Zur anschließenden Podiumsdiskussion, es waren mehr als die Hälfte der Zuschauer_innen geblieben, waren wir mit NSU-Watch als eine der Initiativen eingeladen, die sich rund um den Prozess gebildet hatten und im Dialog mit Christine Umpfenbach zum Stück beigetragen hatten. Wir haben die Situation in der Keupstraße vorgestellt, die Geschichte unserer Initiative und es gab, moderiert von Andrea Koschwitz, der Dramaturgin von „Urteile“, eine engagierte Diskussion über das Stück (was machen die Polizisten im Saal? Eben nichts. Die Polizei hat sich geweigert etwas beizutragen. Wie weit wird bei der Bearbeitung der Morde und Verfolgung der Angehörigen der Opfer durch die Behörden der alltägliche Rassismus vergessen, vernachlässigt? …). Christine Umpfenbach schloss mit der Feststellung: „Das Stück hat sich während der Proben ständig verändert. Es ist ein lebendiger Prozess, der auch weiterlebt.“

… So langsam wird uns das Münchener Westend vertraut wie Mülheim: Fast alle fanden dort bei FreundInnen des Netzwerks eine Übernachtung und am nächsten Morgen trafen wir uns zu gemeinsamen Frühstück in der Ligsalzstraße 8.

Weil der Prozess wegen des Vertrauensentzugs von Zschäpe gegen ihre Pflichtverteidiger erst mittags losging, schafften wir es auch alle gut rein. (Das „Keupstraße ist überall“-T-Shirt war kein Hindernis.) Erst wurde Zschäpes Antrag abgelehnt. Danach erlebten wir eine Zeugin, die, es war ihr nicht ganz klar, von 2005 oder von 2007 bis 2011, mit ihren Familien und gemeinsam mit dem NSU-Trio jährlich ihre Ferien auf einem Campingplatz auf Fehmarn verbrachten. Lieb, freundlich, zuvorkommend, witzig, spaßig, mehrmals wurden die drei in dieser Art von ihr beschrieben. Liese oder Lieschen, Max und Gary, wie sie sich nannten, waren Freunde der Familien. Es wurde telefoniert, besucht, Geschenke mitgebracht und wenn das Trio wenig Platz im Wohnmobil hatte, brachten sie den Grill schon mal zu den Freunden. Die immer fett gefüllte Geldbörse (offen gezeigte 500-er)wurde von „Liese“ verwaltet. Sie bezahlte immer.

Nach wie vor erschüttert und erzürnt die gleichgültige Miene von Zschäpe die Opfer. Es wird als eine verachtende Provokation empfunden. Man wird an die Szene in „Die Lücke“ erinnert, aus der ohnmächtige Wut gegenüber so einem Verhalten spricht.

Die zweite Frage, wo ist da Untergrund? Wo ist ein „Verstecken vor den Verfolgern“? Wussten sie, dass es keine Verfolger gab? Sie gaben sich sicher, locker lustig. Sie erklärten den Familien, wie man Bomben baut. Nichts deutete darauf hin, dass sie sich als Mörderbande durch Deutschland bewegten auf der Suche nach dem nächsten Opfer. Einzig die Namen sind falsch.

10 Morde, 2 Bombenanschläge, 15 Banküberfälle und die Herrschaften machen in aller Öffentlichkeit sieben Jahre an der gleichen Stelle Urlaub. Deutschland als Paradies für rechte Terroristen? Die Banalität des Bösen?

Auf der Rückfahrt werden die Eindrücke in heftigen Diskussionen verarbeitet.

Der Theaterbesuch festigte die Überzeugung, dass es nicht nur eine kleine Szene ist, die sich in intensiver Weise mit dem Prozess auseinandersetzt, sondern es ist eine Bewegung in der Stadtgesellschaft, die durch die Verbrechen des NSU und den Prozess aufgerüttelt wird und neue Wege geht. *pb* ■

Schluss mit dem Krieg – Frieden für Palästinenser und Israelis!

Die Waffen nieder! Verhandeln statt schießen!

Antisemitischer Hetze entgegentreten!

Erklärung des Bundessprecherkreises der VVN-BdA

Wir können nicht akzeptieren, dass die berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit antisemitischen Hetzparolen verbunden wird. Viele unserer Kamerad_innen sind Überlebende des Holocaust und erleben derartige Angriffe als persönliche Bedrohung. Wir versichern allen Jüdinnen und Juden in Deutschland unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die VVN-BdA verurteilt die erneute Eskalation der Gewalt im Nahen Osten. Einmal mehr wird jede Chance auf eine friedliche Lösung für die Menschen in Israel und Palästina der militärischen Logik geopfert.

Wir verurteilen die Politik der Regierung Netanjahu, in jeder Konfliktsituation sofort massive Militärgewalt anzuwenden. Durch Luftangriffe und Bodentruppen sind bereits hunderte Zivilisten bei israelischen Angriffen auf Gaza gestorben. Das Ergebnis ist erneut eine humanitäre Katastrophe, die die einfache Bevölkerung trifft.

Gleichermaßen verurteilen wir, dass die Hamas mit ihrem ständigen Beschuss israelischer Siedlungen aus dicht bewohntem Gebiet Bewohner Israels bedroht und die eigene Bevölkerung zur Zielscheibe macht. Wir haben kein Verständnis für die Zurückweisung der Feuerpause.

Wir haben in unserer Organisation niemals Zweifel am Existenzrecht des Staates Israel gelassen. Gleichzeitig stehen wir – gemäß der UNO-Resolutionen – zur Forderung der Räumung der besetzten Gebiete und zum Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. Beides setzt aber Verhandlungen und Friedenswillen voraus, nicht Krieg. Beide Seiten müssen sich aufeinander zu bewegen. Der fortgesetzte Bau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten ist eine dauernde Anheizung des Konfliktes.

Die VVN-BdA unterstützt demgegenüber die Friedenskräfte in der Region, wie z.B. Gush Shalom, die mit einem Friedensbus von Jerusalem nach Gaza gefahren sind, von dem aus sie Botschaften des Friedens und der Verständigung senden.

Mit ihnen gemeinsam fordern wir einen sofortigen Stopp aller militärischen Aktivitäten.

Dies betrifft das Bombardement und die Bodenangriffe der israelischen Truppen in Gaza ebenso wie die Raketenangriffe der Hamas auf israelische Siedlungen.

Wir trauern um die Opfer dieses Krieges. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft sich endlich energisch dafür einsetzen, dass Verhandlungen über einen Friedensprozess in Gang kommen, wie sie von arabischen Staaten mehrfach versucht wurden – und zwar unter Einschluss der Hamas. Von der Hamas erwarten wir endlich die eindeutige Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Wir werden auch weiterhin jeder Art von Rassismus und Antisemitismus energisch entgegentreten.

http://www.vvn-bda.de/schluss-mit-dem-krieg-frieden-fur-palastinenser-und-israelis/

3./4. Oktober 2014

Globaler Aktionstag gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen

Die Friedensbewegung in NRW wird am 3.10. in Kalkar am NATO-Luftkommando gegen die dort geplanten Kampfdrohneneinsätze demonstrieren. Das ist Teil einer weltweiten Aktion, zu der internationale Friedensorganisationen aufgerufen haben. Zum Globalen Aktionstag gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen am 4. Oktober 2014 wurde dieser Aufruf herausgegeben:

4. Oktober 2014 – Mach mit beim ersten Globalen Aktionstag Gegen Kampf- und Überwachungs-Drohnen

Als globale Gemeinschaft, die an Recht und Gerechtigkeit glaubt, stellen wir uns gegen bewaffnungsfähige und Überwachungsdrohnen.

Ihr Einsatz:

❖wird für extralegale „gezielte“ Tötungen genutzt, der auf bloßen Verdacht basiert, für Mord, auch von Kindern, in und außerhalb von Kriegsgebieten;

❖terrorisiert ganze Gesellschaften in den Zielregionen, sät Hass und kurbelt damit weiter die Gewaltspirale an;

❖senkt die Schwelle zum Krieg und initiiert einen neuen Rüstungswettlauf;

❖ führt zur Entwicklung autonomer Kriegsmaschinen, die noch schrecklichere Kriege wahrscheinlicher werden lässt.

❖verletzt das demokratische Recht zur freien Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht und das Recht, nicht verdachtsunabhängig durchsucht werden zu dürfen.

Wir fordern, dass alle Regierungen die Produktion und die Anschaffung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen, ebenso wie ihre Forschung und Entwicklung einstellt; und an der weltweiten Ächtung dieser Waffen arbeiten.

Wir verlangen weiterhin, dass unsere Regierungen Drohnen zur Überwachung verbieten. Auch Satelliten, Bodenstationen, Militärbasen, welche die Überwachung mit Drohnen ermöglichen und die Tötungen mit Drohnen auslösen, müssen verboten werden.

Wir rufen alle Menschen weltweit auf, am Globalen Aktionstag am 4. Oktober mitzumachen.

Es ruft auf: knowdrones.com

Siehe http://globaldayofaction.nationbuilder.com/

Zeitung gegen den Krieg

Zum Antikriegstag am 1. September

und zum Jahrestag des 1. Weltverteilungskriegs am 1. August

Heft 38 – 100 Jahre Erster Weltkrieg

Pünktlich zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs erscheint die neue, die 38. Ausgabe. Wir widersprechen in dieser den wesentlichen Aussagen der Mainstream-Medien:
Es gab keinen „AUSBRUCH" des Ersten Weltkriegs - dieser Krieg wurde VORBEREITET. Die Verantwortlichen in Berlin, Wien, Paris, London und Moskau waren keine „SCHLAFWANDLER". Es gab klare Entscheidungen, die in diesen Krieg führten. Die KRIEGSSCHULD war nicht gleichmäßig verteilt. Die entscheidenden Kriegstreiber waren das deutsche Kaiserreich in Berlin und die k.u.k.-Monarchie in Wien.

Schließlich gilt: Es gibt auch heute bedrohlich viele Parallelen zur Zeit vor dem I. Weltkrieg. Die KRIEGSGEFAHR ist AKTUELL!

Inhalte der neuen Ausgabe u.a.:

• 100 Jahre Erster Weltkrieg: Mit Logik und Plan in ein weltweites Morden
• Kriegsbegeisterung und Widerstand im Ersten Weltkrieg
• Keine Gedenktafel für Karl Liebknecht
• BAYER an vorderster Front - Giftgas im Ersten Weltkrieg
• Mit der Ukraine-Krise schwenken deutschen Unternehmer auf den US-Kriegskurs ein
• Nato-Neuorganisation und Nato-Tagung in Wales
• Krieg beginnt hier: Gefechtsübungszentrums (GÜZ) der Bundeswehr
• Kampfdrohnen für die Bundeswehr • (K)eine Scheindebatte
• Wer rüstet hier wirklich hoch? Die Mär von der Kriegsgefahr aus Moskau und Peking
• Israel/Palästina // Neue Konfrontationspolitik

Autorinnen und Autoren u.a.:

Uli Cremer // Sevim Dagdelen // Heike Hänsel // Christoph Marischka // Jan Perke // Tobias Pflüger // Monty Schädel // Kurt Tucholsky // Rolf Verleger // Konstantin Wecker // Winfried Wolf u.a.

12 Seiten Zeitungsformat // Bezugspreise wie immer supergünstig & konkret wie folgt: Bestellungen zwischen 1 - 50 Ex.: 30 Cent je Ex., Bestellungen von 51 - 499 Ex.: 25 Cent je Ex., Bestellungen ab 500 Ex.: 20 Cent je Ex.
Jeweils zzgl. Porto + Verpackung.
Bestellungen an: bestellen@zeitung-gegen-den-krieg.de oder Fax 030-227 76 179 oder Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)
oder online unter www.zeitung-gegen-den-krieg.de/index.php/bestellen.html

---

Bundeswehr prüft elf „Einzelfälle" von Kasernen-Namen

„Die Bundeswehr will einige ihrer Kasernen umbenennen, aber sie führt weiterhin verbissene Abwehrschlachten an der Traditionsfront", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen der Fraktion zu Kasernenbenennungen (BT-Drs. 18/2052). Jelpke weiter:

„An elf Standorten laufen derzeit Diskussionen über eine Umbenennung. Nach wie vor lehnt die Bundeswehr es aber ab, generell auf umstrittene Namenspatrone aus dem Kaiserreich oder der Naziherrschaft zu verzichten. Einem Aufruf namhafter Militärhistoriker, 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges ‚endlich geplättete Geschichtsbilder, verklärende Heldenmythen und falsche Traditionen zu tilgen', ist nur teilweise Erfolg beschieden. An der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover, deren Namenspatron für Gräuel im besetzten Belgien verantwortlich gemacht wird, laufen Diskussionen über eine Umbenennung, ebenso in der Mudra-Kaserne in Köln, benannt nach einem ehemaligen Kaiser-General, der 1924 zur ‚endgültigen Abrechnung mit dem Erzfeinde' Frankreich aufgerufen hatte. Zudem, so die Bundesregierung, soll ‚in absehbarer Zeit' über eine Änderung des Namens der Hindenburg-Kaserne in Munster beraten werden.

Insgesamt sind nach einer Aufstellung der Bundesregierung 16 Kasernen nach Offizieren des Ersten Weltkrieges benannt. 26 Kasernen tragen Namen von Wehrmachtsangehörigen. Auch hier führen historische Erkenntnisse und gesellschaftlicher Druck dazu, dass in wenigstens acht Kasernen derzeit über den Namen diskutiert wird. Bereits entschieden ist die Umbenennung der Germersheimer Graf-von-Sponeck-Kaserne in Südpfalz-Kaserne. Elf der Namensgeber gehörtem dem militärischen Widerstand gegen das Hitler-Regime an.

Eine generelle Umbenennung wenigstens jener Kasernen, die nach bis zuletzt hitlertreuen Wehrmachtsoffizieren benannt sind, lehnt die Bundesregierung jedoch ab. Dabei hat sie gerade noch am 20. Juli behauptet, in einer antifaschistischen Traditionslinie zu stehen. Die Bundeswehr war von Anfang an hin- und hergerissen zwischen Wehrmachtsglorifizierung und Demokratiebekenntnissen. Angesichts ihres Interventionskurses könnte man vermuten, dass sie Wehrmachtsoffiziere für gar nicht so unpassende Vorbilder hält."

Die beiden Antworten der Bundesregierung können unter www.ulla-jelpke.de heruntergeladen werden.
Ulla Jelpke, MdB ■

Die AfD als „Staubsauger und Kantenschere – Turbulenzen im jungkonservativen Lager

Teil 2, Fortsetzung der Ausgabe 15/2014 der AN

Karlheinz Weißmann: Politik und Metapolitik

Die Frage, wie man sich im jungkonservativen Lager auf die AfD zu beziehen habe, hat Weißmann zu Präzisierungen ‚gezwungen„ die das Verhältnis von Real- und Metapolitik berühren.

Bereits im Augustheft 2013 hatte er gegen die Hype um die Identitären in Frankreich, deren Bewegung in der Sezession vor allem von Lichtmesz und Kubitschek positiv aufgegriffen wurde, die Notwendigkeit von politischen Organisationen und Parteibildungsprozessen betont, die willens und fähig seien, auf die „Mitte“ Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang ging er gezielt und wohlwollend auf die AfD ein: „Dieser Versuch, den gesunden Menschenverstand zu organisieren, setzt auf die Mobilisierung der […] Mitte, was angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse die einzig denkbare Option für ein anderes politisches Handeln ist“ (Weißmann 2013a, 13; Hervorh. v. Vf.). Die Rolle, die er dem IfS dabei beimaß, beschrieb er als eine weiterhin metapolitische und insbesondere konzeptionelle Arbeit, deren Ziel es letztendlich sein müsse, „einen ideologischen Gesamtentwurf zu schaffen“.

Auf dem 2. Zwischentag hielt Weißmann dann zum Thema „Politik und Metapolitik“ einen Vortrag, dem er im Dezemberheft 2013 der Sezession einen demselben Thema gewidmeten Artikel folgen ließ. Der Artikel führt das Verhältnis von situationsbezogener realpolitischer Option und langfristiger konzeptioneller Arbeit (im Übrigen unter Bezugnahme auf Gramsci) weiter aus (Weißmann 2013b, 41):

1. „Metapolitik ist […] nur sinnvoll als Teil von politischen Strategien.“ Sie „muß Lagen analysieren und Machbarkeitsfragen stellen“, sie „interessiert sich zwingend auch für politische Praxis und deren Träger“, was nicht bedeute, so Weißmann mit Blick auf Kubitschek, „seine persönlichen oder ästhetischen Maßstäbe gegenüber der Politik zur Geltung“ zu bringen, denn die seien „nicht politisch“.

2. Metapolitik kann nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn sie anschlussfähig ist und „gehört“ wird. „Provokation und Konfrontation“, d.h. die von Kubitschek bevorzugten Optionen (vgl. Kubitschek 2007), seien daher „nur ausnahmsweise Mittel der Wahl“.

3. Metapolitik ist auf einen langen Zeitraum eingerichtet („gedehnte Fristen“, „langer Atem“) und erfordere ob vieler „Unwägbarkeiten […] Geduld, Klugheit und Geschick“, immer aber den Bezug auf den „Alltagsverstand“. Mit einer voluntaristischen und sektiererischen („Konventikel, in denen jeder die ‚Sprache Kanaans, spricht“) Praxis sei das nicht vereinbar.

4. Es gibt keine „Erfolgsgarantie“ für Metapolitik, zumal der „Kulturkampf von rechts auch in Zukunft aus einer Position der Schwäche geführt“ werde, was „die Zielsetzung und die Wahl der Mittel bestimmen“ müsse.

Repliken

Diese Ausführungen Weißmanns blieben nicht unbeantwortet. Vor allem aus der jüngeren Autoren-Generation des IfS sprangen Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage im selben Heft der Sezession Kubitschek zur Seite.

Lichtmesz (2013c, 42-45), der sich als Sprachrohr der sog. Identitären Bewegung versteht, beschwor mit Blick auf die Zuwanderung das apokalyptische Bild, dass es bereits „fünf nach zwölf“ sei, und fragte als selbsternannter Anwalt der heute zwanzigjährigen ‚Einheimischen,: „Ist es da ein Wunder, dass sie kaum ein Ohr haben für jene, die ihnen zu viel von einer Metapolitik des ‚langen Atems, und der ‚Vorbereitung, reden, Strategien, deren Wirkung völlig unbewiesen ist, und die offensichtlich bis heute nicht aufgegangen sind?“ Und er verteidigte die von Weißmann als Ausnahmestrategien abqualifizierten Optionen „Provokation und Konfrontation“, wie sie auch von der Identitären Bewegung verfolgt werden: „Deren Erfolgsaussichten scheinen mir jedenfalls auch nicht weniger gewiß zu sein als die Hoffnung, dass die gut vorbereiteten Konservativen in der Stunde X aus ihrer Schattenexistenz geholt würden.“ Natürlich müsse man weiterhin Metapolitik betreiben und natürlich müsse man sich auf die „Widerstandspotentiale“ im „bürgerlich-liberalen Lager“ – darunter subsumiert er die AfD genauso wie die FPÖ und den Front National – beziehen. Aber, so seine skeptische Auskunft, man werde sehen, „ob all diese nicht lediglich dies waren: nützlich retardierende Werkzeuge auf dem Wege zur vollendeten Zersetzung.“

Kleine-Hartlage (2013b, 46-48), der von sich glaubt, dass er mal ein ‚Linker, gewesen sei, sich nun aber auf dem ‚rechten, Pfad der Tugend befände, opponiert gleich gegen die politische Geschäftsgrundlage des IfS, indem er dessen strategischen Bezug auf die Eliten, zu denen er auch die ehemals oppositionelle 68er-Linke rechnet, in Frage stellt: „Für eine rechte Opposition kommt […] eine Strategie von vornherein nicht in Betracht, die primär darauf abzielt, Positionen innerhalb der Eliten zu besetzen und von dort aus in die Gesellschaft hineinzuwirken.“ Stattdessen empfiehlt er eine „Einkreisungsstrategie“. Es gelte, „das Feld von unten nach oben und von außen nach innen aufzurollen, das heißt das herrschende Machtkartell von der Peripherie her unter Druck zu setzen“.

Dazu sei es erstens notwendig, so Kleine-Hartlage in einem früheren Aufsatz (2013a, 42-44), eine Einengung von Metapolitik auf konzeptionelle Arbeit zu vermeiden, sondern von „eine[r] Pluralität metapolitischer Kommunikationsformen“ auszugehen und an einer Vernetzung von „politisch und soziologisch heterogene[n]“ Milieus über eine gemeinsame Feindbestimmung (gegen die herrschenden Eliten) zu arbeiten. Diesbezüglich plädiert Kleine-Hartlage – nach dem Muster der Querfront-Strategie des jungkonservativen TAT-Kreises in der Endphase der Weimarer Republik – für ein „Bündnis mit der linken Peripherie“ (2013b, 47): Es gäbe „eine kleine, aber wachsende Fraktion der antiimperialistischen Linken, die gegenüber rechten Themen und Positionen kaum noch Berührungsängste“ habe, wie z.B. die Gruppe um Jürgen Elsässer und dessen Zeitschrift Compact (vgl. Kleine-Hartlage 2013a, 44). Zweitens betont er die Nachrangigkeit von Parteipolitik gegenüber Metapolitik: „Wer metapolitisch wirken will“, der dürfe „nicht darauf aus sein, schon zu Beginn den kleinsten gemeinsamen Nenner mit der ‚Mitte, zu suchen“ (2013a, 44).

Karlheinz Weißmann: Umbau des Parteiensystems

Die Gegenreplik von Weißmann – die Europawahlen hatten soeben den Aufwärtstrend der AfD bestätigt – ließ nicht lange auf sich warten. Interessant ist nur, wo sie erschien. Jedenfalls nicht im Juniheft der Sezession (H. 60), das dem Thema „Demokratie“ gewidmet war und den Abonnenten im Begleitschreiben Kubitscheks süffisant als „eines der besten Se-

→

zession-Hefte, das wir je fertig stellten", offeriert wurde, und das nach rund elf Jahren zum ersten Mal ohne einen Text von Weißmann. – Nein, die Gegenreplik erschien auf der Forums-Seite der JF mit dem hintersinnigen Titel „Die Geduld hat ein Ende" (JF 24/14, 18), womit Weißmann auf den bereits zitierten Artikel in der Sezession anspielte, in dem er die Geduld des Metapolitikers beschworen hatte. Dass die Geduld nunmehr ein Ende habe, signalisierte freilich nicht den Abschied vom „langen Atem", sondern zielte auf den politischen Möglichkeitsraum, der sich mit der Etablierung der AfD, getragen von einer Aufkündigung „schafsmäßige[r] Geduld" von Seiten ihrer Wähler, eröffnen könnte.

Weißmann skizziert also ein Szenario für die weitere Entwicklung der AfD und ordnet es dem langfristigen strategischen Kalkül der Jungkonservativen zu. Es geht perspektivisch um den „Umbau des Parteiensystem" als einem Teilziel des von den Jungkonservativen angestrebten Umbaus des Staates. Damit knüpft er an einen Artikel Dieter Steins vor den Europawahlen an (JF 22/2014, 1), in dem dieser eine „historische Umwälzung des deutschen Parteiensystems" prognostiziert hatte.

Weißmann holt zunächst weit aus und beginnt mit einem Rückblick auf die Parteiengeschichte, besonders im Kaiserreich. Auf die Ausbildung von Massen- und Weltanschauungsparteien auf der Linken und im Lager des politischen Katholizismus hätten Liberale und Konservative aufgrund ihrer Organisation in Honoratiorenvereinigungen keine angemessene Antwort gehabt. Dazu hätte es der Weiterentwicklung zur Volkspartei bedurft, was dann unter den veränderten historischen Bedingungen der Nachkriegszeit von den Unionsparteien nachvollzogen worden sei. Auf europäischer Ebene erwähnt Weißmann als Beispiele für die von ihm als notwendig erachtete „Anverwandlung" an den Gegner die Tories oder die Gaullisten in Frankreich.

Es folgt der Blick in die Gegenwart: Ob sich die rechtspopulistischen Parteien zu Volksparteien weiterentwickeln könnten, stünde noch nicht fest. „Protestler" wie die Freiheitspartei in den Niederlanden drohten an dieser Hürde zu scheitern, die „Nationalen" wie der Front National oder die FPÖ verfügten über eine „stabile Basis" und ein „erprobtes Rezept"3 für einen weiteren Ausbau. Zu einer dritten Gruppe, den „Unbeugsamen", zählt Weißmann die UKIP und – trotz der Abgrenzungsbemühungen Luckes – die AfD, die beide sich durch eine „strukturelle Ähnlichkeit" auszeichneten:

In beiden Fällen sei die „Führungsriege" seriös; Personal und Anhängerschaft kämen zum großen Teil „aus den Reihen der eigentlich dominierenden bürgerlichen Parteien"; aber auch Menschen ohne politische Heimat oder aus dem Umfeld von Außenseiterparteien würden erreicht. In beiden Fällen sei man „beunruhigt" über den Verrat nationaler Interessen durch die politische Klasse zu Gunsten „einer gesichtslosen Bürokratie", des „global operierenden Kapital[s]" oder „der vaterlandslosen Intelligenz"; beide Parteien repräsentierten vor allem die Mittelschicht, d.h. solche Leute, die „hart" arbeiteten, Steuern zahlten, Familien gründeten und Kinder großzögen.

Der Erfolg der AfD, so Weißmann weiter, sei einerseits der „klugen Taktik" ihrer Führungsgruppe geschuldet, „möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten […] und immer die ‚Normalität, der Partei" zu betonen; andererseits sei die Zeit, angesichts der „Veränderung des gesellschaftlichen Klimas", einfach reif gewesen für eine Partei wie die AfD. Zeit also auch, um über wünschens- bzw. nichtwünschenswerte Perspektiven nachzudenken.

Nicht-wünschenswert sei es, wenn durch die Etablierung der AfD das „bürgerliche Lager" insgesamt, nämlich infolge der Spaltung und aufgrund fehlender Kooperationsbereitschaft, geschwächt würde; es würde dann eine „ähnliche Situation wie für die Grün-Rot-Tiefroten auf der Gegenseite entstehen". Im Umkehrschluss hält also Weißmann, ohne das offen auszusprechen, eine Koalition der Unionsparteien mit der AfD als naheliegendste Perspektive für wünschenswert (was den Planspielen mancher Konservativer in der Union entgegenkäme). Er geht aber noch einen Schritt weiter:

„Die AfD ist aber noch nicht am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen, und wenn sie zur Sammlung all derjenigen wird, die die Tassen im Schrank behalten, ergeben sich ganz neue Perspektiven. Dann geht es nicht mehr um Juniorpartnerschaften, dann geht es tatsächlich um eine Neugestaltung des deutschen Parteiensystems."

Will sagen: Wünschenswert wäre es, wenn die AfD sich realiter in Richtung einer Volkspartei entwickeln würde, was Lucke ja bereits anlässlich der Ergebnisse der Europawahlen als gegeben konstatiert hatte. Diese „Anverwandlung" an den Gegner, von der Weißmann eingangs gesprochen hatte, würde die Kräfteverhältnisse im bürgerlichen Lager ändern, und die Koalitionsfrage könnte aus einer Position der Stärke neu verhandelt werden, etwa nach dem Modell der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg. Das ist sicherlich Zukunftsmusik und wird es womöglich auch bleiben. Weißmann ist sich darüber im Klaren, dass eine solche Entwicklung von „schwer kalkulierbar[en]" Faktoren abhängt. Die AfD müsste weiter an „Anziehungskraft" gewinnen und die Krisenlage sich weiter verschärfen. Die Frage sei, „ob es das Personal der Altparteien weiter schafft, die Krisensymptome zu kaschieren, oder ob der Prozeß eskaliert und die Einschätzung Luckes zutrifft, daß die Probleme viel größer und viel schwerwiegender sind, als bisher zugegeben".

Die Bedeutung der ‚große Krise, für einen Wandel der Machtverhältnisse hat Weißmann in den letzten Jahren immer wieder betont. „Die Konjunktur der Rechten" hänge ab von der „Wahrnehmung innerer oder äußerer Bedrohung", schrieb er 1996 in der Jungen Freiheit (JF 44/1996, zit. nach Weißmann 2000, 250). 2007 prognostizierte er „eine dramatische Zuspitzung der Krise" für die „nächsten zehn Jahre", die „Unfähigkeit" der Politischen Klasse werde überdeutlich werden (Weißmann 2006, 80). Nur in einer solchen Situation sei ein Elitenwechsel möglich (Weißmann 2009b, 14). Und nur dann sei es möglich, die Verfassung aus „der Gefangenschaft der Linken und Liberalen zu befreien" (ebd., 15).

Fazit

Die Gründung und die bis dato erfolgreiche Entwicklung der AfD haben im jungkonservativen Lager kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Was die JF anbetrifft, war es nicht weiter verwunderlich, dass sie sich als publizistische Plattform für die Anliegen der AfD präsentierte, hat sie doch seit Jahren auf eine solche politische Konstellation hingearbeitet und programmatische Vorarbeit geleistet. Wenn sich die JF 2011 in ihrem „Leitbild" als national, freiheitlich, konservativ und christlich definiert (Junge Freiheit 2011, 6), so ist das der programmatische Rahmen (vgl. dazu Kellershohn 2013), in dem sich die AfD bewegt und bewegen wird. Die Nähe zwischen dem JF-Milieu und dem Kreis der AfD-Mitglieder und Sympathisanten ist unübersehbar.

Die Haltung des IfS und der Sezession zu dieser ‚Kumpanei, war in ihrer Gespaltenheit zwischen „neuem Realismus" (Weißmann 2014), politischem Existentialismus und metapolitischem Pluralismus nicht unbedingt vorherzusehen. Selbst Weißmann notierte noch 2009 in seinem „Konservativen Katechismus", dass man sich als bekennender ‚Rechter, vor „jeder Ablenkung ins ‚Liberalkonservative,, ‚Freiheitlich-Konservative,, ‚Kulturkonservative,. ‚Wertkonservative," hüten müsse (Weißmann 2009a, 36). Die Feigheit der bürgerlichen Mitte hat er des Öfteren beklagt. Insofern ist er es, der sich umorientiert hat und nunmehr auf die „‚populistischen, Möglichkeiten" (Weißmann 2000, 251) setzt (und Gleiches der intellektuellen Rechten empfiehlt), die die JF schon seit längerem verfolgt und jetzt in einer ‚freiheitlich-konservativen, AfD gegeben sieht.

→

Meldungen zur AfD

Parteiausschlussverfahren gegen Essener Stadtrat

Gerade einmal zwei Monate ist es her, dass die AfD das Ausschlussverfahren gegen ihr Essener Mitglied Marco Trauten einstellte. Und schon steht das nächste an!

Diesmal bemüht der Essener Verband das Landesschiedsgericht, weil Trauten im Stadtrat mit dem aus der Partei ausgetretenen Menno Aden eine Gruppe bildet und nicht mit dem verbliebenen AfD-Mitglied. Und weil die beiden sich gegen den Willen der AfD Essen „AfD-Gruppe" nennen.

Nachdem am 7. Juni die NRW AfD in Bottrop einen neuen Landesvorstand unter Marcus Pretzell gewählt hatte, wurde auch gleich das Verfahren gegen Trauten per Mitgliedervotum aufgehoben. Das damalige Verfahren lief, weil er die Bekämpfung der AfD mit der Judenverfolgung im „3. Reich" gleichgesetzt hatte. Die Installation des neuen Vorstands gilt als deutlicher Rechtsruck, und Trauten hat seine Hausmacht in der Parteirechten.

Auf der Facebook-Seite der AfD Essen war einen Abend lang ein Faksimile des Ausschlussantrags zu sehen, das genauso schnell wieder gelöscht wurde, wie die Kommentare etlicher Rechtsausleger der Partei, die sich enorm über diesen Vorgang aufregten. Auch Pretzell echauffierte sich: „Das fasse ich jetzt nicht!"

F ■

Liberale verlassen die AfD

In den letzten Wochen sind etliche Mitglieder aus der AfD ausgetreten, die sich selbst im liberalen politischen Spektrum verorten. So Bouchra Nagla, Integrationsbeauftragte der Partei, Steffen Schäfer, Kreisvorsitzender Oberbayern, Hagen Theurich, Kreisrat Oberbayern, Franz Eibl, Bezirksvorsitzender Oberfranken.

Die Gründe gleichen sich, die Partei ist ihnen gesellschaftspolitisch zu reaktionär, „eine liberale Geisteshaltung erstreckt sich … nicht alleine auf wirtschaftliche Freiheiten" (Theurich, Merkur online, 24.7.). „Da wird von Ausländern nur in Zusammenhang mit Kriminalität geredet, da wird vorgegeben, wie viele Kinder Frauen künftig zu bekommen haben, und da wird verlangt, dass behinderte Kinder nicht zusammen mit nicht-behinderten unterrichtet werden sollen" (Eibl auf seinem Blog, 31.7.).

Dass liberalere Geister gerade jetzt austreten, ist nicht ganz zufällig. Konnte die AfD sich in den abgelaufenen Wahlkämpfen noch überwiegend mit der Kritik an Euro und bürokratischen Auswüchsen der EU profilieren, muss sie in den anstehenden Landtagswahlkämpfen andere Themen in den Vordergrund rücken. Und hier kommt das rückwärtsgewandte Weltbild der AfD-Mehrheit zum Tragen.
Neben rassistischen Parolen wird insbesondere auf ein tradiertes Familienbild gesetzt. Vater Mutter und (mindestens drei) Kinder sollen zum gesellschaftlichen Leitbild erhoben werden. Denn Deutschland brauche mehr Kinder – Zuwanderung dürfe fehlenden eigenen Nachwuchs nur solange ausgleichen bis dieses demographische Problem gelöst sei. Familien sollen durch Steuer- und Abgabenerleichterungen gefördert werden, von denen auf Sozialtransfers Angewiesene kaum profitieren würden. Zugleich beklagt Parteichef Bernd Lucke, dass Akademikerinnen zu wenig Kinder bekämen.

F ■

Es bedarf noch einer genaueren Analyse, inwieweit die Kontroversen, die nun eine Zuspitzung erfahren haben, schon in früheren Konflikten angelegt gewesen sind. Es ist zu vermuten, dass bereits die Ablösung Kubitscheks als Geschäftsführer des IfS (2008) im Zusammenhang mit den internen Diskussionen um die von ihm initiierte Konservativ-subversive Aktion (vgl. dazu Kellershohn 2010b) einen Konfliktpunkt gesetzt hat, der nachwirkt. Schon damals ging es um die Frage, ob eine Strategie der Provokation zum ‚Geschäftsbereich, des Instituts gehöre. Wenn Kubitschek nun als verantwortlicher Redakteur der Sezession die Grundsatzfrage „für oder gegen die Sezession" stellt, während Weißmann die AfD als „einzig denkbare Option" unter den gegebenen Bedingungen bezeichnet und damit die Position der JF unterstützt, so sind dies zweifellos Ausschließlichkeitsformeln, die eine Trennung nahelegen. Möglich ist aber auch, dass die Grundlagen der Arbeitsteilung und Kooperation im jungkonservativen Lager, sowohl im IfS als auch zwischen IfS und JF neu verhandelt werden.

Quellen

Junge Freiheit 2011: Der Freiheit eine Gasse. 25 Jahre Junge Freiheit. Eine deutsche Zeitungsgeschichte, Berlin.

Kleine-Hartlage, Manfred 2013a: Metapolitische Unterweisung (III), in: Sezession 56, 42-44.

Kleine-Hartlage, Manfred 2013b: Rebellion gegen die Lüge, in: Sezession 57, 46-48.

Kubitschek, Götz 2007: Provokation, Schnellroda.

Kubitschek, Götz 2012: Die Ein-Mann-Kaserne oder Expressive Loslösung, in: Sezession 50, 10-13.

Kubitschek, Götz 2013: Wellenberg, Wellental, in: Sezession, Sonderheft „Alternativen für Deutschland", Mai 2013, 1.

Kubitschek, Götz 2014: Der romantische Dünger, in: Sezession 59, 33-35.

Lichtmesz, Martin 2013a: Alternative für Deutschland – Mit Mimikry ins Establishment? In: Sezession im Netz v. 26. August 2013.

Lichtmesz, Martin 2013b: Schmerzhafte Schnitte und schmerzhafte Wahrheiten, in: Sezession im Netz v. 4. Oktober 2013

Lichtmesz, Martin 2013c: Ruhepuls am Abgrund, in: Sezession 57, 42-45.

Stein, Dieter 2013: „Bei aller Skepsis: Diesmal hoffe ich!" In: Sezession, Sonderheft „Alternativen für Deutschland", Mai 2013, 18-19.

Stein, Dieter 2014: Für eine neue Nation. Nachdenken über Deutschland, Berlin.

Weißmann, Karlheinz 2000: Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst. Zehn Thesen zur Zukunft einer konstitutionellen Rechten in Deutschland, in: Ders.: Alles, was recht(s) ist, Graz/Stuttgart, 249-252.

Weißmann, Karlheinz 2006: Unsere Zeit kommt. Im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda.

Weißmann, Karlheinz 2009a: Der konservative Katechismus, in: Sezession 29, 34-36.

Weißmann, Karlheinz 2009b: „Ich versuche, argumentativ vorzugehen und die Fragen grundsätzlich anzugehen", in: Sezession, Sonderheft „Gespräche", Dez. 2009, 13-16.

Weißmann, Karlheinz 2013a: Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: Sezession 55, 10-13.

Weißmann, Karlheinz 2013b: Politik und Metapolitik, in: Sezession 57, 38-41.

Weißmann, Karlheinz 2014: Neuer Realismus, in: Sezession 59, 30-32.

Sekundärliteratur

Kellershohn, Helmut 2010a: Strategische Optionen des Jungkonservatismus, in: Wamper/Kellershohn/Dietzsch (Hg.) 2010, 13-30.

Kellershohn, Helmut 2010b: Provokationselite von rechts: Die Konservativ-subversive Aktion, in: Wamper/Kellershohn/Dietzsch (Hg.) 2010, 224-240.

Kellershohn, Helmut 2013: Der ‚wahre, Konservatismus der Jungen Freiheit, in: Ders. (Hg.): Die ‚Deutsche Stimme, der ‚Jungen Freiheit,, Münster: Unrast Verlag, 60-134.

Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin (Hg.) 2010: Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster: Unrast Verlag.

Fußnoten

3 Das Rezept beschreibt Weißmann wie folgt: „Aufbietung des ‚gemeinen Mannes, über einen offensiv vorgetragenen Patriotismus, der ausdrücklich auch im Sinn einer sozialen Schutzpflicht verstanden wird, und scharfe Wendung gegen eine als korrupt betrachtete Ordnung, ohne die Verfassung in Frage zu stellen."

Article printed from Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: http://www.diss-duisburg.de
URL to article: http://www.diss-duisburg.de/2014/06/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-2/

Solidarität und Polemiken rund um den Gazakrieg

Frankreich hält, was die Zusammensetzung seiner Bevölkerung betrifft, einen doppelten „Rekord“. Dort lebt, mit geschätzten 600 000 bis 700 000 Menschen, die zahlenmäßig stärkste jüdische Bevölkerung in Europa – vor zwanzig Jahren war die jüdische Bevölkerung Russlands noch zahlreicher, aber die post-sowjetischen Auswanderungswellen haben Letztere kleiner werden lassen. Aber in Frankreich lebt auch die, neben Großbritannien, stärkste moslemische Bevölkerung in Europa. So genannte „ethnische Statistiken“, also die Erhebung nach Konfession und Herkunft aufgeschlüsselter, statistischer Daten ist zwar in Frankreich verboten, und aufgrund der Heterogenität der Herkunftsländer – und oft auch der konfessionellen Zugehörigkeit innerhalb der Auswanderungsländer – gibt es deswegen keine genauen Zahlen. Je nach Quelle variieren die Zahlen zwischen drei und sechs Millionen. Die wahrscheinlichste Schätzung liegt bei rund 3,5 Millionen Personen, die sich selbst als Muslime bezeichnen, wobei nicht alle von ihnen ihren Glauben auch aktiv praktizieren. Hinzu kommen wohl einige Hunderttausend konfessionslose Menschen, deren Eltern oder Großeltern muslimischen Glaubens waren.

Konflikte im Nahen Osten, zwischen Israel und den Palästinensern, sorgen vor diesem Hintergrund in Frankreich regelmäßig für besondere Anspannung. Denn ein Teil der konfessionellen und/oder „ethnischen“ Minderheiten ergreift dabei mit mehr oder weniger viel Leidenschaft Partei für die – aus ihrer Sicht – jeweils „eigene“ Seite.

Anders, als beispielsweise radikal-islamistische Kräfte oder solche, die der israelischen Rechten nahe stehen, es darstellen, sind beide Bevölkerungsgruppen dabei natürlich auf gar keinen Fall als homogene Blöcke zu betrachten. Unter den französischen Juden und Jüdinnen variiert die Spannbreite der Positionen etwa von denen der UJFP („Französische jüdische Union für den Frieden“), die linkspazifistische bis linksradikale Positionen einnimmt und an den derzeitigen Demonstrationen gegen den Gazakrieg in Frankreich teilnimmt, bis zu offen rassistischen Kräften auf der Rechten. Zu den extremsten zählt die rechtsextreme „Jüdische Verteidigungsliga“ (LDJ), deren Verbot die französische Regierung nunmehr in Erwägung zieht, wie am Mittwochabend – 30. Juli 2014 – in Paris bekannt wurde.

Es ist erstaunlich, dass dies nicht bereits früher geschehen ist, da es sich bei der LDJ um einen Ableger der rassistischen „Kach“-Bewegung des 1990 in New York getöteten Meir Kahana handelt. Ihre Organisationen in den USA und in Israel sind verboten – die nordamerikanische Jewish Defence League wurde 2001 vom FBI als terroristisch eingestuft und hatte unter anderem Bombenanschläge auf Moscheen versucht. In Israel war der Staat infolge rechtsterroristischer Aktivitäten gezwungen, einzuschreiten. In Frankreich unterhält die LDJ Verbindungen zur extremen Rechten der Mehrheitsgesellschaft. Ihr damaliger Chef Antony Attal nahm im November 2006 an einer Großkundgebung des damaligen Front National-Chefs Jean-Marie Le Pen in der Pariser Vorstadt Le Bourget teil. Attal und drei seiner Gefolgsleute griffen im Februar 2007 im Pariser Stadtteil Marais einen mauretanischen und einen senegalesischen Mitarbeiter der Müllabfuhr tätlich an und wurden dazu, über vier Jahre später, zu Haftstrafen verurteilt.

Demo-Eindrücke in Paris

Die junge Frau ist wahrscheinlich libanesischer Herkunft, ihrem Akzent nach zu schließen. Laut eigenen Angaben ist sie zum Islam konvertiert. Sie gibt der Journalistin mit ihrem Notizblock zu Protokoll: „Ich bleibe nur eine Zeitlang bei der Demonstration für Gaza, denn danach gehe ich noch zu der Kundgebung für die Christen im Irak“, die von den Anhängern des selbsternannten Kalifats verfolgt und bedroht werden. Ihre Aussage ist eher symbolisch zu werten, denn die Kundgebung vor der Kathedrale Notre-Dame für die irakischen Christen findet erst am folgenden Morgen – am Sonntag, den 27. Juli – statt. Aber sie will offensichtlich unterstreichen, dass sie nicht nur für Muslime eintrete.

Ein Mann unter den Umstehenden antwortet ihr spontan, was sie denn wolle, die Christen im Irak würden nicht verfolgt. Das sei alles nicht wahr und die Anwendung der Scharia eine gute Sache. Die Journalistin spitzt die Ohren, ein Kollege von ihr stürzt herbei. Doch alsbald werden sie von fünfzehn bis zwanzig Personen umringt, die dem Mann eifrig widersprechen: „Wir sind nicht hier, um uns so etwas anzuhören, damit sind wir nicht einverstanden, darum geht es nicht.“ Ein hoch aufgeschossener Jüngling offensichtlich nordafrikanischer Herkunft redet auf ihn ein: „Hier geht es nicht um das Recht von Muslimen als solchen, von Christen, Juden oder einer anderen Religionsgruppe. Uns geht es um allgemeine Rechte von Menschen, um die Opfer von Krieg oder Besatzung als Menschen unabhängig von ihrer Konfession.“ Den Wunsch nach Anwendung der Scharia bezeichnet er als „Extremismus“. Die meisten Umstehenden sind einverstanden. Einer dreht sich jedoch um und meint, das stimme nicht notwendig, es komme ganz darauf an, was man unter den Begriff der Scharia fasse.

Gut 5000 Menschen sind an diesem Samstag, den 26. Juli 2014 in Paris zusammengekommen, um gegen die Angriffe auf den Gazastreifen zu demonstrieren. Trotz des Verbots, mit dem die Kundgebung belegt worden war, wie mehrere andere Demonstrationen zum Thema in den Tagen zuvor. Da die Protestaktion sich in eine statische Kundgebung auf der – vor kurzem neugestalteten – Place de la République verwandelt, scheinen die zahlreich zusammengezogenen Polizeikräfte sich entschlossen zu haben, sie zu tolerieren, so lange die Teilnehmer nicht zu einem Demonstrationszug aufbrechen.

Am Spätnachmittag dann sucht eine kleine Gruppe, nach dreistündiger friedlicher Kundgebung, jedoch Streit mit der Polizei. Sie versucht den Durchbruch und ist offensichtlich mit Steinen und Wurfgeschossen auf die Konfrontation vorbereitet und es darauf angelegt. Nach kurzen, aber heftigen Scharmützeln und dem Einsatz von Tränengas werden sechzig Personen festgenommen. Verbotene Demonstrationen ziehen entsprechende Personen, auch unabhängig vom Thema, wie magisch an.

Am Montag früh (28. Juli d.J.) befanden sich noch zwanzig der Betreffenden im Polizeigewahrsam. Im Allgemeinen notiert die Presse jedoch mit Erleichterung, es sei nicht zur befürchteten Eskalation gekommen, die infolge des abermaligen Demonstrationsverbots und der Ankündigung linker Veranstalter, der Untersagung zu trotzen, befürchtet worden war. Viele Teilnehmer waren bereits gegangen, als es zu der Konfrontation kam.

Inhaltlich dominieren die französische Linke sowie Migrantenvereinigungen. So gut wie alle Strömungen der politischen Linken nehmen an den Protesten gegen den Gazafeldzug teil: die französische KP und die mit ihr verbündete „Linkspartei“ (PG), die undogmatische „Neue Antikapitalistische Partei“ (NPA) und zwei stärker

dogmatische trotzkistische Strömungen, die anarcho-kommunistische Alternative Libertaire (AL), antirassistische Gruppen, die Liga für Menschenrechte (LDH) sowie manche Gewerkschaften. Ebenso ein Teil der Grünen, die jedoch über ihre Teilnahme und generell über ihre Positionen zum Nahostkonflikt gespalten sind. Daneben zählen zu den Veranstaltern auch säkulare Migrantenvereinigungen, meistens mit nordafrikanischem Hintergrund, wie beispielsweise die FTCR („Föderation von Tunesiern für Bürgerrechte auf beiden Seiten des Mittelmeers"). Sie spielte unter anderem eine federführende Rolle bei den Solidaritätsmobilisierungen zugunsten des Generalstreiks in der tunesischen Region Gafsa 2008 oder während des Sturzes des alten Regimes 2010/11, aber in späteren Jahren auch gegen von Islamisten verübte Morde in Tunesien. Die FTCR, die „Vereinigung maghrebinischer Arbeiter in Frankreich" (ATMF) und andere Initiativen, die mit hinter den Gazaprotesten stehen, lancierten seit dem Montag, 28. Juli 2014 auch einen „Aufruf an die internationale Gemeinschaft zum Schutz der Christen im Irak". (Vgl. http://www.citoyensdesdeuxrives.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=3795:solidaires-avec-les-chretiens-dirak-appel-a-la-communaute-internationale-pour-sauver-les-chretiens-dirak&catid=62:monde-arabe&Itemid=83)

Moslemische Einwandererkinder in Frankreich

Viele in Frankreich lebende muslimische Einwanderer oder Kinder von Zugewanderten sind heutzutage über das Bild, das sie von ihren Herkunftsländern und der umliegenden Weltregion haben, verunsichert. Prägte in der Vergangenheit ein weitgehend entpolitisiertes, von vermeintlicher politischer Harmonie geprägtes Abziehbild oft ihre Vorstellungen – mit Ausnahme der Algerier seit 1989 – über die arabischen Länder, so wurde dieses seit drei Jahren zunehmend erschüttert. Vor allem die blutigen Kämpfe in Syrien haben das Weltbild vieler arabischstämmiger Einwanderer erschüttert.

Darauf gibt es nun zwei antagonistische Antworten. Die eine besteht darin, sich für politische Mobilisierungen mit Blick auf die gesamte Region zu öffnen. So stellen die linken arabischsprachigen Kräfte ihre Proteste gegen den Gazakrieg in einen Zusammenhang auch mit denen gegen arabische Diktaturen, die in der Vergangenheit oft die „palästinensische Frage" für ihre Zwecke instrumentalisierten und zugleich selbst die Palästinenser unterdrückten, wie das syrische Regime 1976 im Libanon. Zu den Hauptorganisatoren der Kundgebungen in Frankreich zählen – neben quasi allen Strömungen der französischen Linken mit Ausnahme der Sozialdemokratie, während die Grünen zu der Frage des Nahostkonflikts tief gespalten sind – Vereinigungen wie die oben erwähnte FTCR (Föderation der Tunesier für Bürgerrechte auf beiden Seiten des Mittelmeers). Aus Sicht der linken und säkular-nationalistischen arabischen Kräfte handelt es sich beim Konflikt um Palästina um einen rational zu erfassenden politischen Konflikt. Und um die letzte Etappe der Entkolonialisierung in der Region, wobei linke Nordafrikaner/innen oft noch die durch Marokko annektierte Westsahara hinzufügen.1

Umgekehrt versuchen reaktionäre Kräfte und Islamisten unterschiedlicher Couleur, hinter einer Mobilisierung zu dem, was sie als Konfessionskonflikt präsentieren, alle aufgetretenen Widersprüche zu überdecken. Hinter einem gemeinsamen Feind sollen alle offenen Fragen wieder zugekleistert werden.

Rolle von Radikalislamisten

Entsprechend lautstark und rabiat machen etwa Salafisten und ihnen nahe stehende Gruppierungen auf sich aufmerksam. Sie versuchen den politischen Streit zum Konfessionskonflikt auch in Frankreich, und auch mit den dort lebenden Juden und Jüdinnen, zuzuspitzen. Bei den Demonstrationen firmieren sie nicht als Aufrufer oder Mitveranstalter, kommen jedoch regelmäßig als Trittbrettfahrer hinzu. Unter den von ihnen skandierten Slogans befindet sich ein arabischsprachiger Reim, der sich auf die Schlacht von Khaybar im heutigen Saudi-Arabien bezieht – „Khaybar Khaybar, oh Ihr Juden, die Armee Mohammeds wird wiederkommen". Damals, im siebten Jahrhundert christlicher Zeitrechnung, hatten sich arabische Stämme gegenseitig bekriegt, von denen die eine an ihrem alten (jüdischen) Glauben festhielten und die zweiten zur neuen Konfession des Religionsstifters Mohammed konvertiert waren. Bei der Parole handelt es sich um die Ankündigung eines vermeintlichen, mehr oder minder endzeitlichen, Religionskriegs.

Beide Herangehensweisen treten auch auf internationaler Ebene in Kollision zueinander, wie im Iran, wo die Diktatur in diesem Jahr anders als bei früheren Anlässen keinerlei Versuche zur Mobilisierung der Bevölkerung zum Thema Gaza unternahm (auch wenn der Chef der Diktatur, 'Ali Khamenei, Israel Anfang August 2014 verbal scharf angriff). Dort im Land hat ihm die regimefeindliche Zivilgesellschaft weitgehend das Heft der Initiative aus der Hand genommen und die Kontrollmechanismen des Regimes unterlaufen. Schauspieler/innen, unverschleiert fotografiere Frauen – auf unverschleiertes Auftreten in der Öffentlichkeit steht gemäß dem Gesetz der iranischen Diktatur die Prügelstrafe – und andere Persönlichkeiten außerhalb der Kontrolle des Regimes posieren en masse im Internet, und halten Schilder mit folgender Aufschrift hoch: Stop killing your fellow humain beings. Anders als bei früheren, vom Regime initiierten Mobilisierungen, bei denen es ausschließlich um die Vorstellung von leidenden Muslimen ging (u.a. in Palästina wie auch in den 1990er Jahren in Bosnien), ist dabei dieses Mal hingegen von „menschlichen Mitwesen" statt von Muslimen die Rede. Die Dinge scheinen der Diktatur völlig aus dem Ruder zu laufen. Vgl. http://keyhani.blog.lemonde.fr/2014/07/17/iran-asghar-farhadi-et-nassrin-sotoudeh-se-mobilisent-contre-le-massacre-a-gaza/

In vielen Ländern der Region Nordafrika/Vorderasien hat der politische Islam gründlich abgewirtschaftet. Aber in den Migrationsländern ist diese Entwicklung noch nicht unbedingt angekommen, oder nur gebrochen. Durch besonders rabiates Auftreten und das Aufheizen konfessionalisierter Konflikte werden dort ansässige Islamisten auch weiterhin versuchen, ihre ideologischen Positionen zu behaupten oder wiederzugewinnen.

Rolle der LDJ

Zwischen den extremen Fraktionen, die auch gegen die jeweils andere Religions- oder Bevölkerungsgruppe vorgehen möchte, kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Beispielsweise unweit einer Synagoge in der Pariser rue de la Roquette am 13. Juli, und in Sarcelles eine Woche später. Vor diesen hatten sich mehrere Tage vor den geplanten Gazademonstrationen die Mitglieder der „Jüdischen Verteidigungsliga" (LDJ), verabredet und dies im Internet und bei Facebook ostentativ kundgetan. Dies wirkte wie ein Magnet auf einige Dutzend aufgebrachte Jungmänner der Gegenseite, die ihrerseits keine Sondereinladung benötigten, um in die Konfrontation zu ziehen. Nicht nur diese zeichneten sich aber durch einen Hang zur Gewalt und zur Provokation aus. An Ort und Stelle marschierte die LDJ mit Baseballschlägern, Eisenstangen sowie mit Stühlen und Tischbeinen bewaffnet auf und skandierte etwa: Palestine, on t'encule, was so viel bedeutet wie: „Palästina, wir ficken dich in den A…" Die Polizei trennte die Streitparteien mühsam.

In der darauffolgenden Periode wurde dies von konservativen oder sich auf die israelische Rechte beziehenden jüdischen Organisationen, wie dem seit 2001 scharf nach rechts gedrifteten Verband CRIF („Repräsentativrat der jüdischen Institutionen Frankreichs"), als angeblicher Angriff auf die gesamte jüdische Bevölkerung in Frankreich als solche dargestellt. In diesen Kreisen geht es auch darum, den stetigen Bezug auf den Staat Israel als vermeintliche alleinige Schutzmacht politisch immer wieder aufs Neue zu rechtfertigen. Vereinzelt ist sogar von „Pogro-

Fortsetzung nächste Seite unten

Göttingen: Demonstranten verhindern Abschiebung

Rund 60 Demonstranten haben am Mittwoch (23.07.) in Göttingen die geplante Abschiebung eines 25-jährigen Cote d'Ivoirers nach Ungarn verhindert, der bereits seit 15 Monaten in Göttingen lebt und dem ein Asylverfahren in Deutschland nach der Dublin-Verordnung verweigert wurde. Angesichts der relativ großen Zahl von Demonstranten verzichtete die Polizei diesmal auf einen Festnahmeversuch.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 25.07.2014 ■

Stadt Cuxhaven:

Appell an Innenminister

Der Stadtrat Cuxhaven hat am Donnerstag den 17.07.2014 bei nur einer Gegenstimme folgenden Beschluss gefasst:
Der Rat der Stadt Cuxhaven unterstützt die Aktion „Familie Demov muss bleiben" und bittet den Innenminister, die Familie nicht abzuschieben.

Familie Demov muss bleiben!

Die fünfköpfige Romafamilie Demov ist von Abschiebung bedroht. Das Ehepaar Demov lebt mit ihren 3 Kindern im Stadtteil Süderwisch. In Mazedonien, ihrem Herkunftsland, werden Roma massiv und systematisch diskriminiert. Kinder trauen sich nicht zur Schule, weil sie ständig beleidigt und auch körperlich angegriffen werden. Die Aussichten auf Teilhabe am normalen Leben in Mazedonien sind gleich Null. Die Familie ist nach Deutschland gekommen, um ihren Kindern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Allerdings wird dies in der Bundesrepublik Deutschland nicht als Asylgrund anerkannt. Herr Demov hatte schon als Heranwachsender in Cuxhaven gelebt. Als sein Vater schwer erkrankte, mußte er ihn zurück nach Mazedonien begleiten. Nur zwei Monate später hätte er einen festen Aufenthalt bekommen.

Wir wünschen und hoffen, dass diese Familie hier in Cuxhaven bleiben kann.

AK ASYL Cuxhaven 23.07.2014 ■

Abschiebungshaft in JVA Goldlauter rechtswidrig

Der Flüchtlingsrat Thüringen fordert bezüglich der Abschiebehaft Goldlauter (in der Nähe von Suhl), sofort zu reagieren.

Der Europäische Gerichtshof hat am Donnerstag die Abschiebehaft als menschenunwürdig verurteilt. Die Bundesregierung ist daher nun aufgefordert, umgehend dafür sorgen, dass Bundesländer, die keine speziellen Einrichtungen vorhalten, die von Abschiebehaft Betroffenen in anderen Ländern mit entsprechenden Möglichkeiten unterbringen.

Der Flüchtlingsrat Thüringen fordert auf Grund dieses Urteils die Landesregierung dazu auf, es Hessen (dort handelte es sich um die JVA in Preungesheim) gleichzutun und etwaige Abschiebungshäftlinge sofort aus Goldlauter zu entlassen. Zudem muss die Abschiebungsabteilung in Suhl-Goldlauter sofort geschlossen werden.

Die Inhaftierung in gewöhnlichen Haftanstalten, wie in Goldlauter, ist mit deutlich spürbaren Nachteilen für die die Betroffenen verbunden. Sie unterliegen den dort geltenden Sicherheitsbestimmungen und sind in ihrem Kontakt nach außen massiv eingeschränkt. Zudem werden Geflüchtete so als VerbrecherInnen stigmatisiert. Dies muss auch in Thüringen ein Ende haben.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V. 18.07.2014 ■

Hannover: Protest-Camp Weißekreuzplatz

Demo macht auf Situation sudanesischer Flüchtlinge aufmerksam

Am Sonnabend, 26. Juli haben gut 150 DemonstrantInnen in Hannover auf Forderungen der sudanesischen Flüchtlinge vom Protest-Camp auf dem Weißekreuzplatz in Hannover aufmerksam gemacht.

Auf der sehr kraftvollen Demo, die durch eine sehr positive Stimmung ge-

---

Fortsetzung von Seite 9

men" die Rede, ein Sprachgebrauch, der den Begriff jeglichen Inhalts entleert – die Pogrome in Russland vor 1917 bedeuteten rund 60 000 Tote in eintausend Mordkampagnen, die Realität im heutigen Frankreich hat nicht im Entferntesten damit zu tun. Bislang handelt es sich bei den bisherigen Gewalttaten weitestgehend um die Zusammenstöße zwischen organisierten politisch-ideologischen Fraktionen.

Die Staatsmacht ihrerseits nutzte die Aufregung, die über die hässlichen Gewaltszenen am 13. Juli 2014 entstand, um mehrere Demonstrationen zum Thema Gaza im Raum Paris gleich von vornherein mit einem Generalverbot zu belegen. So wurden Demonstrationen und Kundgebungen am 19. und am 26. Juli in Paris sowie am 20. Juli 2014 in der Vorstadt Sarcelles präventiv verboten, obwohl die linken Veranstalter – unter anderem die französische KP und die NPA (Neue Antikapitalistische Partei) im letzteren Fall, die NPA und migrantische Verbände sowie die Gewerkschaft Solidaires in den ersten beiden Fällen – klargestellt hatten, dass sie nicht im Traum daran dächten, etwa in die Nähe einer Synagoge zu ziehen. Das Verbot wirkte aber erst recht als Magnet auf kleine Gruppen von Jungmännern, die zum Teil bewusst den Krawall suchten. In Sarcelles kam es dabei im Nachhinein sowohl zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der LDJ, die vor der Synagoge aufmarschiert war, als auch zu Attacken auf teilweise jüdische Geschäfte und Plünderungen. Das Fehlen eines Ordnerdiensts, der bei verbotenen Demonstrationen nicht bereitgestellt werden kann, erleichterte diese Eskalation noch erheblich.

Die Antwort der Staatsmacht war eine brachiale gerichtliche Abrechnung, die allerdings nicht die Teilnehmer an Ausschreitungen oder Plünderungen traf, sondern Personen, die relativ zufällig herausgegriffen und allein wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration angeklagt wurden. Deswegen, und wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" – wegen der Weigerung, sich festnehmen zu lassen – wurden am 21. und am 22. Juli 2014 in Paris drei Demonstranten zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt – auf Bewährung, dies jedoch gegen den Willen der Staatsanwaltschaft, der Haft ohne Bewährung und die sofortige Überführung ins Gefängnis ab Urteilsspruch forderte. Die Persönlichkeit der Angeklagten, darunter ein junger Ingenieur und Familienvater ohne Vorstrafen, ließ die Presse ihr Erstaunen über die Urteile aussprechen. Unterdessen forderte die konservative Opposition jedoch lautstark eine noch härtere Repression, und die Staatsanwalt legte Berufung gegen die „zu schlappen" Urteile ein, sie will definitiv Haftstrafen ohne Bewährung verhängt sehen. Lediglich ein Kurde wurde freigesprochen, gegen die Strafforderung der Staatsanwaltschaft – er war wegen Tragens eines vermeintlichen Palästinensertuchs festgenommen worden. Es handelte sich jedoch um ein kurdisches Tuch, und der Angeklagte erklärte, aufgrund der Position des syrischen Regimes nicht mit Palästina solidarisch sein zu wollen.

Aufgrund des starken öffentlichen Drucks, und weil besonders die CGT Garantien für den Ordnerdienst gab, können nunmehr neue Demonstrationen auch in Paris stattfinden, wie zuletzt am Samstag, den 2. August. Es kamen zwischen 12000 und 20000 Menschen, laut polizeilichen respektive Veranstalter-Zahlen. Die Unterstützer/innen Israels waren ihrerseits am Donnerstag Abend, den 31. Juli vom Verband CRIF zur Kundgebung vor der israelischen Botschaft aufgerufen. dazu kamen laut Polizeiangaben rund 4.500 Personen.

1Vgl. http://www.labournet.de/interventionen/wipo-gegenwehr/linke-initiativen/bernard-schmid-auf-dem-weltsozialforum-2013-in-tunis-26-30-marz-2013-kommentierte-fotostrecken/#more-30682

kennzeichnet war, haben die sudanesischen Asylsuchenden ihre Situation der Öffentlichkeit dargelegt und erneut ihre daraus abgeleiteten Forderungen vorgestellt.

Weiterhin gab es einen Redebeitrag eines Aktivisten vom Bündnis gegen Abschiebung in Göttingen. Das Bündnis hatte am vergangenen Mittwoch erneut erfolgreich eine Abschiebung verhindert.

In einem Redebeitrag des Flüchtlingsrats wurde u.a. hervorgehoben, welche unmenschlichen Folgen die Dublin-Verordnung mit sich bringt.

Am Donnerstag, 31.07. ab 18.00 Uhr findet im Kulturzentrum Pavillon eine unter dem Titel „Menschenrechte vor unserer Haustür – Warum sind die sudanesischen Flüchtlinge auf dem Weißekreuzplatz?" Veranstaltung vom Protest-Camp in Kooperation mit amnesty international, dem Bezirksbürgermeister Hannover-Mitte und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen statt, auf der über die Situation im Sudan und die Erfahrungen der sudanesischen Flüchtlinge berichtet wird. Im zweiten Teil wird es eine Diskussion u.a. mit PolitikerInnen aus Kommunal- und Landespolitik geben.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 28.07.2014 ■

Flüchtlingszahlen: Kein Anlass zu Dramatisierungen

Niedersachsen. Die Zahl der in Niedersachsen lebenden Asylbewerber ist im vergangenen Jahr um knapp 40 Prozent gestiegen. Im Jahr 2013 wurden rund 10.230 Menschen in Niedersachsen als Asylsuchende aufgenommen (9,3% aller Asylsuchenden in Deutschland). Das Durchschnittsalter der Asylbewerber lag bei 26 Jahren, ein Drittel der Flüchtlinge waren Kinder und Jugendliche. In diesem Jahr wird die Zahl neuer Flüchtlinge in Niedersachsen voraussichtlich weiter zunehmen. Erst kürzlich hatte das Innenministerium erklärt, dass 2014 mit bis zu 16.400 Neuanträgen auf Asyl gerechnet wird. Zu Dramatisierungen besteht freilich kein Anlass: Weniger als 10% aller Einwandereinnen und Einwanderer im Jahr 2013 waren Asylsuchende. Gemessen an dem Migrationsgeschehen insgesamt – 2013 gab es deutschlandweit rund 1,2 Mio Einwanderungen und 800 000 Auswanderungen – spielt die Zuwanderung von Flüchtlingen also nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

Das lässt sich auch aus der Statistik zu Leistungsgewährung ablesen. Ende 2013 erhielten 23.156 Flüchtlinge Zahlungen für ihren Lebensunterhalt nach dem Asylbewerberleitungsgesetz, das sind ganze 0.3% der niedersächsischen Bevölkerung. Die Ausgaben für Asylbewerberleistungen beliefen sich in Niedersachsen 2013 auf 143 Millionen Euro, 34,6 Prozent mehr als 2012. Die Gewinne für die öffentlichen Kassen aus Steuern und Abgaben wurden vom Landesamt für Statistik nicht berechnet.

Quelle: Kai Weber Flüchtlingsrat Niedersachsen 23.07.2014 ■

Abschiebegefangene von NRW nach Berlin verlegt

Büren/Berlin Am 26.7.2014 wurden alle Abschiebegefangenen aus NRW gegen ihren erklärten Willen von der JVA Büren in das Polizeigewahrsam Berlin-Köpenick verbracht. Nach aktueller Beschlusslage der Gerichte hätten sie entlassen werden müssen. Die Gefangenen haben nun den Kontakt zu ihrem sozialen Umfeld verloren.

Am 17.7.2014 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die gemeinsame Unterbringung von Abschiebegefangenen und Strafgefangenen in einem Gefängnis nicht zulässig ist. Der Bundesgerichtshof (BGH) beschloss am 25.7.2014, dass in der JVA Büren Abschiebegefangene nicht inhaftiert werden dürfen. Spätestens nach diesem Urteil hätten alle Abschiebegefangenen sofort entlassen werden müssen. Das Innenministerium NRW ignorierte diese höchstrichterlichen Entscheidungen und die Betroffenen blieben weiter in Haft.

Am Nachmittag des 25.7.2014 einigten sich das Innenministerium NRW und die Senatsverwaltung für Inneres in Berlin darauf, dass am 26.7.2014 die Abschiebegefangenen aus der JVA Büren in den Abschiebegewahrsam nach Berlin verlegt werden sollen. Die Gefangenen haben hiervon jedoch nichts erfahren. Ihnen wurde lediglich mitgeteilt, dass sie ihre Sachen packen müssen. Erst im Laufe des Abends wurde ihnen die Verlegung nach Berlin verkündet. Darauf haben sie spontan beschlossen, dass sie Unterschriften gegen die Verlegung sammeln wollen und dass sie am nächsten Morgen nicht in den Bus einsteigen werden.

Seitdem ist der Kontakt mit den Gefangenen. abgebrochen. Am 26.7.2014 verließ um 7:00 Uhr ein Gefangenenbus die JVA Büren und erreichte den Abschiebegewahrsam Berlin gegen 13:00 Uhr. Unklar ist, wie viele Menschen sich in den Bus befanden. Während die Gefangenen mitteilten, sie seien zwischen 12 und 17 Personen, hat die Anstaltsleitung Pressevertretern mitgeteilt, dass 21 Gefangene überstellt worden seien. Besuche von Flüchtlingsunterstützern wurden im Polizeigewahrsam Berlin am 26.7.2014 trotz offizieller Besuchszeit aus „innerbetrieblichen Gründen" nicht zugelassen.

Frank Gockel, Pressesprecher des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V., fordert das Innenministerium NRW auf, den Ablauf der Verlegung transparent zu machen und sicherzustellen, dass die Abschiebegefangenen uneingeschränkt weiter betreut werden können.

Zusätzlich meint Gockel: „Das inkompetente und gesetzeswidrige Handeln des Innenministeriums NRW in den letzten Tagen hat gezeigt, dass stärkere Vorgaben seitens des Parlamentes dringend erforderlich sind." Gockel geht davon aus, dass der Innenminister Ralf Jäger bei der Innenausschusssitzung am 28.8.2014 in seine Schranken verwiesen wird. Gleichzeitig hofft er, dass das Land NRW endlich über eine Initiative zur Abschaffung der Abschiebehaft nachdenkt.

Quelle: www.gegenAbschiebehaft.de 27.07.2014 ■

„Jetzt Alternativen zur Abschiebungshaft umsetzen"

Berlin. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst begrüßt das heute veröffentlichte Urteil des Bundesgerichtshofs, das die sofortige Freilassung und Entschädigung von bisher rechtswidrig inhaftierten Asylsuchenden zur Folge haben muss. „Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde der Bundesregierung höchstrichterlich bescheinigt, dass sie die Freiheitsrechte von Asylsuchenden systematisch verletzt. Das ist für sich bereits ein Skandal", so Pater Frido Pflüger SJ, Direktor des JRS. „Wir hoffen, dass die Regierung diese Kritik zum Anlass nimmt, jetzt die überfälligen Alternativen zur Abschiebungshaft umzusetzen." „Abschiebungshaft ist gesetzlich nur als letztes Mittel zulässig. Die Bundesregierung hat bis heute nicht deutlich gemacht, was denn ihr vorletztes und ihr vor-vor-letzes Mittel ist. Wenn sie das jetzt nachholt, kann sie sich auch von diesem menschenfeindlichen Instrument verabschieden", so der Jesuit. „Denn Abschiebungshaft schadet allen: Sie ist verstörend für die, die sie erleben müssen, stempelt Unschuldige in der öffentlichen Wahrnehmung als Verbrecher ab und kostet den Steuerzahler Millionen."

Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte in seinem heute veröffentlichten Urteil angeordnet, dass Asylsuchende unter der neuen europäischen Verordnung „Dublin III" vorerst nicht mehr in Haft genommen werden dürfen. Sie betrifft Schutzsuchende, die aufgrund interner europäischer Zuständigkeitsregelungen innerhalb der EU hin- und hergeschoben werden. Der BGH hat verfügt, dass die Kriterien für die „Fluchtgefahr", mit der die Haft gerechtfertigt wird, näher gesetzlich ausgeführt werden müssen. Erst letzte Woche hatte der Europäische Gerichtshof in Verfahren, die der Jesuiten-Flüchtlingsdienst initiiert und unterstützt hatte, die gemeinsame Unterbringung von Straf- und Abschiebungsgefangenen grundsätzlich untersagt und damit einen großen Reformbedarf im Vollzug angeordnet. Sachsen-Anhalt hatte daraufhin alle Abschiebungsgefangenen freigelassen. „Wir hoffen, dass die Bundesregierung jetzt die nötigen Konsequenzen zieht: Wir brau-

chen nicht genauere Kriterien für die Haft, sondern den Verzicht auf die Haft. Unsere Seelsorger treffen regelmäßig Kriegsflüchtlinge, Traumatisierte, Familien mit Kindern in der Haft – aber Menschen, die unseren Schutz suchen, gehören grundsätzlich nicht ins Gefängnis“, so Pater Frido Pflüger SJ. „Manche von ihnen sagen sogar verzweifelt: Schickt uns eher wieder nach Syrien als nach Bulgarien zurück!“

Seelsorger des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes besuchen wöchentlich Abschiebungsgefangene in den Hafteinrichtungen in Berlin, Brandenburg und Bayern. Überwiegend begegnen sie dort Menschen, die unter die sogenannte „Dublin-III-Verordnung“ fallen. Auch für die wenigen anderen Menschen, die noch dort sind, gibt es nach Überzeugung des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Alternativen zur Haft.

Verfahren, mit denen sich Abschiebungsgefangene gegen ihre Inhaftierung wehren, werden vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst aus seinem spendenfinanzierten Rechtshilfefonds unterstützt. Auch jetzt werden die Seelsorger darauf achten, dass das BGH-Urteil umgesetzt wird.

Quelle: Pressemitteilung Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland 23.07.2014 ■

LG Hildesheim: Rechtswidrige Abschiebehaft

Am 12.06.2013 wurde der sudanesische Flüchtling Salah A., der auch am Protest-Camp in Hannover beteiligt war, aus der Abschiebehaft nach Italien abgeschoben. Rechtsanwalt Paulo Dias hatte gegen die Inhaftierung beim Amtsgericht Hildesheim Beschwerde eingelegt, die zunächst abgewiesen worden war. Das Landgericht Hildesheim hat nun festgestellt, dass die Haft rechtswidrig war. Das Gericht begründet dies damit, dass die Ausländerbehörde in ihrem Haftantrag nicht bei der Staatsanwaltschaft in Gießen den Stand der Ermittlungen wegen des Vorwurfs der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthalts im Bundesgebiet nachgefragt hatte, wie sie dies laut § 72 Abs. 4 AufenthG hätte tun müssen. Interessanter und erfreulicher ist jedoch die weitere Begründung der Rechtswidrigkeit der Haft: Das Gericht stellt fest, dass die Haft nicht verhältnismäßig gewesen sei, da offensichtlich geworden wäre, dass sich der Betroffene nicht aktiv der Abschiebung entziehen wollte. Aus der Tatsache, dass er zum Zeitpunkt der Abschiebung nicht zu Hause war, hätte nicht der Schluss gezogen werden können, dass er sich dauerhaft der Abschiebung entziehen wollte: Es hätten nach Ansicht des Gerichts durch das Amtsgericht Hildesheim auch mildere Auflagen wie regelmäßiges Melden bei der Behörde ausgereicht. Der Beschluss ist somit sicher auch für zukünftige Entscheidungen über Haftanträge von Bedeutung, da das Landgericht Hildesheim hier noch einmal die Kriterien einer Inhaftierung strenger gefasst hat.

Leider hat sich das Landgericht Hildesheim nicht zu der Frage geäußert, ob es überhaupt eine gesetzliche Grundlage für eine Inhaftierung bei einer „Dublin III-Abschiebung“ gibt. Das Gericht ist der Ansicht, dass im vorliegenden Fall nicht die Dublin III-Verordnung zur Anwendung käme, da der Asylantrag bereits im Oktober 2013 gestellt wurde, also vor In-Kraft-treten der Verordnung.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 22.07.2014 ■

Krankenkassenkarte für Flüchtlinge

Flüchtlingsrat unterstützt die Forderung der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Einführung der Krankenkassenkarte für Asylsuchende

Der Flüchtlingsrat begrüßt die Auseinandersetzung des Thüringer Landtages in dieser Woche mit der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und fordert die Einführung einer Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen. In Bremen und Hamburg wird dieses Modell bereits seit Jahren angewendet.

Das Recht auf medizinische Versorgung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Die derzeit vorherrschende Praxis bei Asylsuchenden führt dazu, dass einfach zu behandelnde Erkrankungen sich zu akuten Notfällen zuspitzen können, Schmerzzustände werden unnötig verlängert und entsprechen nicht einer gleichwertigen medizinischen Versorgung. „Die Krankenkassenkarte erleichtert den Zugang zu medizinischen Maßnahmen erheblich“ sagt Ellen Könneker vom Flüchtlingsrat. Bisher sind Genehmigungen durch das Sozialamt bzw. Gesundheitsamt Grundlage für eine Überweisung und medizinische Behandlung. „Diese Handhabung ist für Krankheitszustände – insbesondere auch für eine dringende Behandlungsbedürftigkeit – inakzeptabel“, so Könneker weiter.

Mit jeder Einzelfallprüfung durch das zuständige Sozialamt bzw. Gesundheitsamt ist ein überflüssiger bürokratischer Akt geschaffen worden, der auch (Zahn-)ÄrztInnen in Thüringen zunehmend belastet. Sie stehen im Dilemma, ihren ärztlichen Pflichten nachzukommen, diese Hilfe und Behandlung aber im Nachhinein ggf. nicht ersetzt zu bekommen.

Seit vielen Jahren weist der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. auf die mangelhafte (zahn-)ärztliche Versorgung von AsylbewerberInnen sowie Geduldeten in Thüringen hin. Der Freistaat präsentiert sich gern als weltoffenes und modernes Bundesland. Mit der Einführung einer Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen sowie Geduldete kann diese Ansage nun mit Leben gefüllt werden und dazu beitragen, dass sich diese Menschen auch willkommen fühlen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-thr.de 17. Juli 2014 ■

Refugee-women-floßtour

25.07.2014 Floßtour von Hanau nach Frankfurt Main

Kommentar zu den schockierenden Zuständen im Containerlager in Oberursel
Wir waren sehr schockiert, als wir das Containerlager in Oberursel gesehen haben:

Die rund 30 Jahre alten Blechcontainer waren einmal für die Aufnahme von maximal 120 Menschen geplant, aber zur Zeit sind dort ca. 230 Männer, Frauen und Kinder untergebracht. Sie müssen sich 4 Küchen, viel zu wenige und zum Teil kaputte sanitäre Anlagen teilen. Im Sommer ist es unerträglich heiß, im Winter bitterkalt. Es gibt keinen Gemeinschaftsraum und keinen Platz für die Kinder, die es laut offizieller Version im Lager nicht gibt.

Erfahrene Flüchtlingsaktivistinnen von Women in Exile kommentieren:

„Wir sind jetzt seit zwei Wochen unterwegs und haben jeden Tag Frauen in sogenannten ‚Heimen’ besucht, aber das ist mit Abstand das Schlimmste, was wir gesehen haben.

Dieses Lager sieht aus wie die Lager in Brandenburg, als wir 2002 dort angefangen haben, für menschenwürdiges Wohnen zu kämpfen. So etwas gibt es in Brandenburg heute nicht mehr.“

Und dabei ist Brandenburg kein reiches Bundesland, während der Landkreis Hochtaunuskreis, in dem Oberursel liegt, reich ist: Deutschlandweit leben hier die meisten Haushalte mit über einer halben Million Euro Nettoeinkommen im Jahr.

Die Gruppen und Flüchtlinge vor Ort erzählen uns, dass es seit vielen Jahren Proteste von Flüchtlingen und anderen AktivistInnen gegen die menschenwürdigen Lebensbedingungen in diesem Lager gibt. Im September 2013 wurde sogar ein leer stehendes Haus in Oberursel vorübergehend besetzt.

Auch die politisch Verantwortlichen, so berichtet uns eine Aktivistin, bestreiten nicht, dass die Zustände dort unhaltbar sind. Seit Jahren wird angekündigt, dass man die Situation verbessern wolle. Das Lager soll geschlossen werden, und deshalb, so scheint es, sieht der private Betreiber des Lagers keine Notwendigkeit mehr, defekte Herde oder Toiletten zu reparieren…

„Ich kann nur um mehr Zeit bitten, darüber habe ich auch mit den Oberurseler Flüchtlingen gesprochen. Spätestens Ende 2015 wird man Ergebnisse sehen", so die Kreisbeigeordnete des Hochtaunuskreises, Katrin Hechler (SPD).

Solche zynischen und menschenverachtenden Vertröstungen auf später, auf die nächste Legislaturperiode, auf irgendwann, kennen wir auch aus Brandenburg. Das macht uns wütend. Deshalb werden wir nach Oberursel zurückkommen und den Verantwortlichen dort deutlich machen, was wir von dieser Verschiebung der Verantwortung halten:

Das Lager in Oberursel und alle anderen Lager abschaffen! Wohnungen für alle! Jetzt!

Quelle: http://www.refugee-women-tour.net ■

Eisenhüttenstadt: Abschiebungshaft beenden!

Bundesgerichtshof verbietet „Dublin-Haft"

Flüchtlingsrat Brandenburg begrüßt das Urteil und fordert ein Ende der Abschiebungshaft in Eisenhüttenstadt
Das Freiheitsrecht asylsuchender Flüchtlinge muss geachtet werden!

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat gestern in einem Grundsatzurteil klargestellt, dass die Abschiebungshaft in Dublin-Verfahren überwiegend rechtswidrig ist. Damit war der Großteil aller Abschiebungshäftlinge in Eisenhüttenstadt rechtswidrig in Haft. Bisher wurden Flüchtlinge, die auf dem Landweg nach Deutschland kamen, kurz darauf von der Bundespolizei aufgegriffen und inhaftiert, noch bevor sie einen Asylantrag stellen konnten. Die meisten Häftlinge in Eisenhüttenstadt waren daher schutzsuchende Menschen, die nicht verstanden, warum sie in Haft sind und was mit ihnen passieren wird. Im Jahr 2012 waren das in Brandenburg 83 Prozent aller Häftlinge, Tendenz steigend.

Der Gesetzgeber hat dem nun eine Absage erteilt: Die rechtliche Grundlage, schutzsuchende Flüchtlinge in Deutschland pauschal „wegen Fluchtgefahr" zu inhaftieren, ist nicht gegeben. Dies anzunehmen, nur weil sie aus einem anderen europäischen Staat kommen, ist rechtswidrig, stellte das wegweisende Urteil fest. „Gerade diejenigen, die hier Schutz suchen, haben keinen Anlass dafür, sich ihrem Verfahren in Deutschland zu entziehen", sagte Ivana Domazet vom Flüchtlingsrat Brandenburg.

Nach dem Urteil befindet sich nur noch ein Häftling, der auf Betreiben der Ausländerbehörden inhaftiert wird, in der Haftanstalt in Eisenhüttenstadt. Es ist angesichts der Rechtslage zu erwarten, dass die Haftanstalt auch in Zukunft größtenteils leer bleiben wird.

Die Landesregierung muss nun endlich handeln und den Vollzug der Abschiebungshaft in Eisenhüttenstadt beenden. Der Flüchtlingsrat fordert dies schon lange, denn das Land hält in Eisenhüttenstadt eine überteuerte Vollzugseinrichtung vor, für die es in den allermeisten Fällen keine rechtliche Grundlage gab und die die Freiheitsrechte Schutzsuchender systematisch verletzt. Gleichzeitig fehlt angeblich das Geld für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, sie sollen zeitweise sogar in Zelten und Containern unterkommen müssen. Sieht man auf die absurd teure, fast leere Abschiebungshaft in Eisenhüttenstadt wird klar – der laut beklagte Notstand ließe sich beheben.

„Haft ist kein Selbstzweck. Schutzsuchende Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, ihre Asylanträge aus der Freiheit heraus zu stellen. Nach dem BGH-Urteil ist klar – Brandenburg muss die Abschiebungshaft in Eisenhüttenstadt endlich abschaffen!" forderte Ivana Domazet vom Flüchtlingsrat Brandenburg.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 25.07.2014 ■

Schleswig-Holstein: Flüchtlingsrat fordert Ende der Vollzugspraxis

In dem von Innenminister Breitner treffend als „wilhelminisches Zuchthaus" bezeichneten Rendsburger Abschiebungsgefängnis ist seit letzter Woche niemand mehr inhaftiert!

Der Europäische Gerichtshof hat am 17. Juli entschieden, dass keine Abschiebungshaft in Strafgefängnissen zulässig ist. Die Abschiebungshaft muss damit ab sofort in den Bundesländern unterbleiben, in denen sie bis dato noch in Justizvollzugsanstalten durchgeführt worden ist.

Der Flüchtlingsrat begrüßt diese Entscheidung nachdrücklich. „Für Schleswig-Holstein bedeutet sie darüber hinaus das Ende einer Praxis, Abschiebungsgefangene auch nur vorübergehend in der Strafvollzugsanstalt in Kiel unterzubringen", freut sich Martin Link, Geschäftsführer im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.. Dieser Verstoß gegen das im europäischen Recht festgeschriebene Trennungsgebot hatte schon in der Vergangenheit regelmäßig zu Kritik sowohl des Landesbeirats für die Abschiebungshaft wie auch von Flüchtlingsorganisationen geführt.

„Wir sind uns mit Innenminister Andreas Breitner in der Bewertung vollkommen einig, der die Abschiebungshaft von Flüchtlingen als inhuman bezeichnet hat", erklärt Link. Aus Sicht des Flüchtlingsrat käme es jetzt darauf an, auch das „wilhelminische Zuchthaus" (Breitner) in Rendsburg, das bis dato zum Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein genutzt wird, umgehend zu schließen.

Faktisch hat diese Institution inzwischen ohnehin seine Bestimmung eingebüßt. Seit der vergangenen Woche ist niemand mehr im Rendsburger Abschiebungsgefängnis inhaftiert.

Hintergrund:

Nach dem Kenntnisstand des Flüchtlingsrates SH ist die Praxis in den Bundesländern wie folgt:

Abschiebungshaft in Strafhaft / unzulässig: 6-8 Bundesländer

In Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Sachsen (aktuell nicht besetzt, schicken nach Berlin), Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern (aktuell nicht besetzt, schicken nach Berlin) und Thüringen wurde bislang die Abschiebungshaft in einer Strafvollzugsanstalt vollzogen.

Aus Hessen wurde bekannt, dass am Morgen des 17. Juni die Abschiebungshäftlinge aus Preungesheim entlassen worden sind.

Seit kurzem Trennungsgebot beachtet: Niedersachsen und Bayern

In Niedersachsen wurden in Langenhagen vor kurzem die Strafhäftlinge verlegt – jetzt ist Langenhagen wieder reine Abschiebungshaftanstalt.

Bayern stellte Ende 2013 seine Praxis auf spezielle Haftanstalten um, nachdem es dazu von der Rechtsprechung gezwungen worden war.

Schon länger Trennungsgebot beachtet: 6 Bundesländer

In Rheinland-Pfalz (dort vollzieht auch Saarland), Brandenburg, Berlin und Bremen (ist aber Polizeigewahrsam) bestehen spezielle Hafteinrichtungen.

Schleswig-Holstein ist hier unter dem Vorbehalt zu nenen, dass Abschiebungshaftfälle in der Vergangenheit vorübergehend in die JVA Kiel verlegt wurden, sowie das Gebäude der Haftanstalt in Rendsburg alle Charakteristika eines Gefängnisses erfüllt.

gez. Martin Link
Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 17.07. 2014 ■

Uneingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung

Referentenentwurf des Asylbewerberleistungsgesetzes*

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW sehen den Entwurf des Asylbewerberleistungsgesetzes mit Sorge und haben Arbeitsministerin Andrea Nahles in einem Brief aufgefordert, den Gesetzestext nochmals kritisch zu überarbeiten. Nach Einschätzung der IPPNW würde das Gesetz in der jetzigen Form keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht haben und die Aufnahmerichtlinie der EU nicht umsetzen. „Die Gesetzesänderungen verhindern nicht, dass Asylbewerber in Deutschland Gefahr laufen, bürokratisch bedingten Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen“, so die IPPNW-Ärztin Dr. Gisela Penteker. Die Ärzte kritisieren zudem, dass die Forderungen des 117. Deutschen Ärztetages in dem Gesetzesentwurf nicht berücksichtigt würden. Der Zugang zur medizinischen Versorgung für Asylbewerber bleibe eingeschränkt und werde wie bisher von fachfremden Mitarbeitern der Wohnheime und Sozialämter geregelt, die die Berechtigungsscheine ausstellen. Das führe im Einzelfall immer wieder zu Verzögerungen, die in der Vergangenheit auch zu Todesfällen und bleibenden Schäden geführt hätten. In den Arztpraxen resultiere daraus Stigmatisierung und manchmal auch Abweisung aufgrund des bürokratischen Aufwands und der Unsicherheit, welche Leistungen am Ende vergütet werden. „Die Begrenzung auf „akute und schmerzhafte Erkrankungen und Schwangerschaft“ führt dazu, dass Vorsorge und die Prävention von Folgeerkrankungen bei chronisch Kranken auf der Strecke bleiben. Das widerspricht unserem medizinischen Verständnis von Gesundheitsversorgung und führt zu hohen Folgekosten und irreparablen Schäden bei den Patienten“, heißt es in dem Schreiben an Nahles.

Auch die Zentrale Ethikkommission der Bundesärztekammer (ZEKO) hat diese Probleme erkannt und im Mai 2013 eine eindeutige Stellungnahme dazu abgegeben. Die ZEKO fordert unter anderem, bürokratische Hürden, die kranken Personen den Zugang zu den ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehenden Behandlungen erschweren oder unmöglich machen, zu beseitigen. Die individuelle Entscheidung über die Notwendigkeit einer ärztlichen Behandlung müsse beim Arzt verbleiben. Insbesondere sei sicherzustellen, dass alle Kinder von nicht oder nicht ausreichend krankenversicherten Migranten die notwendigen Vorsorgemaßnahmen und Behandlungen erhalten. Seit 1992 gibt es das Bremer Modell zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender, das sich in vielfacher Hinsicht bewährt hat und in die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes aufgenommen werden sollte. Unter anderem erhalten die Asylbewerber dort von Anfang an eine Versichertenkarte einer Krankenkasse, die mit den Sozialämtern abrechnet. Die gewährten Leistungen entsprechen denen der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Maßstab „das medizinisch Notwendige“ ist. Die Ausgabe von Krankenversichertenkarten hat in Bremen, Hamburg und Rostock nicht zu erhöhten Kosten geführt sondern zu größerer Sicherheit für Behandler und Patienten.

Quelle: IPPNW – Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges 23.07.2014 ■

Kirchenasyl: wo der Staat Flüchtlingsschutz versagt

„Heute gibt es einen Zusammenhalt, der vorher nicht da war“

Immer öfter schreiten Kirchen dort ein, wo der Staat den Flüchtlingsschutz versagt. Das Kirchenasyl hilft nicht nur den Flüchtlingen, es fördert auch den Zusammenhalt in Gemeinden. Allerdings gibt es noch zu wenige Gemeinden, die helfen. Heute appellierten Geistliche und Flüchtlingsinitiativen in Frankfurt gemeinsam an Gemeinden, mehr Schutzräume zu schaffen.

„Wir haben schon geschluckt als wir angefragt wurden“, sagt Pfarrerin Sabine Fröhlich aus Frankfurt, die zwei Flüchtlinge in einem Kirchenasyl beherbergt. „Wir hatten verschieden Fragen rechtlicher Art, dann war da die Frage der Unterbringung. Aber am Ende war unser christliches Mitgefühl ausschlaggebend. Es geht darum, Menschen zu helfen, die ansonsten untergehen“.

Seit zwei Monaten werden John N. und Ehtinshe A. aus Eritrea in der Cantate-Domino-Gemeinde geschützt. Das Paar war nach dreijähriger Flucht über Libyen nach Italien gekommen. Hilfe fanden sie dort nicht: Sie waren gezwungen, auf der Straße zu schlafen, und mussten betteln, um zu überleben. Als Ethinshe an der Krätze erkrankte, wurde sie nicht behandelt. Es kam zu sexuellen Belästigungen und rassistischen Übergriffen. Das Paar entschied sich, weiter nach Deutschland zu fliehen, doch Schutz fanden sie auch hier nicht. Da sie über Italien eingereist waren, sollten sie wieder dorthin zurückgeschickt werden. Eine Horrorvorstellung.

„Ich wünsche mir, dass mehr Gemeinden ins kalte Wasser springen“

In ihrer Verzweiflung wendete sich das Paar an die Gruppe „noborder frankfurt„ die zahlreiche Flüchtlinge in ähnlichen Situationen unterstützt. Die Flüchtlingsunterstützer schrieben verschiedene Gemeinden an und baten um Hilfe. Schließlich sagte Pfarrerin Fröhlich ein Kirchenasyl zu. Nach anfänglichen Bedenken zieht Fröhlich heute eine positive Bilanz: „Wir haben schnell gemerkt, dass es Unterstützung gibt. Aus der Gemeinde und Nachbarschaft kamen viele Menschen, um zu helfen. Heute gibt es bei uns einen Zusammenhalt, der vorher nicht da war. Ich wünsche mir, dass mehr Gemeinden ins kalte Wasser springen und diese positive Erfahrung machen“.

Die Pfarrerin ruft zusammen mit der Gruppe „noborder frankfurt“ und der Flüchtlingsinitiative „Refugees for Change„ und anderen Initiativen die Kirchen dazu auf, mehr Schutzräume zu schaffen. Heute wurde ein offener Brief veröffentlicht. „Wir brauchen Sicherheit, um uns von unseren schrecklichen Erlebnissen erholen zu können.“, sagt Paulos Yacob von Refugees for Change„. Er selbst fürchtet, abgeschoben zu werden. „In Italien haben wir weniger Rechte als die Hunde. Die Hunde wissen zumindest woher sie Essen und Trinken bekommen. Wir leben auf der Straße und haben Angst vor rassistischen Attacken“.

Ein Leben in Sicherheit nach fünfjähriger Fluchtodysee

In Hessen gibt es laut Dr. Ursula Schoen, Dekanin im evangelischen Dekanat Frankfurt, derzeit 11 Kirchenasyle mit 17 Personen. Schoen ermutigt – tweitere Gemeinden dazu, über die Schaffung von Kirchenasylen zu beraten. Hierbei bietet ihr zufolge auch die Landeskirche Beratung an, denn zunächst muss geklärt werden, ob ein Fall sich überhaupt durch ein Kirchenasyl lösen lässt.

Bundesweit sind der Organisation „Asyl in der Kirche„ aktuell 124 Kirchenasyle mit mindestens 217 Personen bekannt. 105 der Kirchenasyle sind sogenannte Dublin-Fälle. Also Personen wie das Paar aus Eritrea, die aufgrund der Dublin-Verordnung in das EU-Land, welches sie zuerst betreten haben, zurückgeschoben werden sollen. Nach der Dublin-Regelung muss die Abschiebung innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen. Hier setzen viele Kirchenasyle an: Wird die Frist überschritten, z.B. weil die Person in einer Kirche geschützt ist und die Polizei sie nicht abholt, muss das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden.

Hierauf baut auch Pfarrerin Fröhlich. Im August endet die Überstellungsfrist für John und Ehtinshe, dann droht ihnen laut der Pfarrerin keine Abschiebung mehr, da die Zuständigkeit an Deutschland übergeht. Die Gemeinde hätte dann erreicht, was die EU-Staaten den Eritreern versagte: Ehtinshe und John könnten nach fünfjähriger Fluchtodysee endlich ein Leben in Sicherheit führen.

Quelle: http://www.proasyl.de 22.07.2014 ■

Neuer Reader der Vielfalt-Mediathek zu den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus

Seit über 20 Jahren werden immer wieder Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus aufgelegt. Auch im nächsten Jahr wird die jetzt amtierende schwarz-rote Bundesregierung ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus auflegen, das den Titel „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ trägt.
Neben einigen neuen Ansätzen steht es weiterhin in der Tradition der bisherigen Bundesprogramme. Es ist daher an der Zeit, Bilanz zu ziehen und einen Blick auf die Gesamtentwicklung der Bundesprogramme zu werfen.
Die Vielfalt Mediathek (www.vielfalt-mediathek.de) des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA) e. V., die als eine von wenigen Institutionen über einen Gesamtüberblick verfügt, hat daher den Reader „Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand“ herausgegeben, der sich mit den unterschiedlichen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus auseinandersetzt.
Ausgewiesene Expert_innen und Praktiker_innen, wie Albert Scherr, Stephan Bundschuh, Grit Hanneforth, Bianca Klose u.v.m., setzen sich nicht nur mit der Geschichte und Entwicklung der Bundesprogramme auseinander, sondern untersuchen auch die vielen unterschiedlichen Facetten und Themen wie Präventionskonzepte, Auswirkungen auf die extreme Rechte, Opferberatung oder genderspezifische Aspekte der verschiedenen Bundesprogramme und unterziehen sie einer konstruktiven Analyse und Bewertung.
Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/bestellformular bestellt werden.

Mathis Blome/Barbara Manthe (Hg.): „Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand“. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6207, Düsseldorf: Eigenverlag 2014, 80 Seiten.

Matinee

Karl Kraus „Die letzten Tage der Menschheit“

40 Szenen aus dem Gesamtwerk, dargebracht von Erich Schaffner *(siehe letzte AN)*

Aus Anlass des 100. Jahrestages des 1. Weltkrieges präsentiert die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen) in Kooperation mit dem Heinrich-Heine-Salon, dem Rosa-Luxemburg-Club Düsseldorf und der Buchhandlung BiBaBuZe eine Lesung mit Erich Schaffner

“Die letzten Tage der Menschheit“ – 40 Szenen aus dem Gesamtwerk von Karl Kraus.

Das geniale Werk von Karl Kraus präsentiert Erich Schaffner aus Mörfelden in Hessen. Ein mutiges Unterfangen, denn 800 Druckseiten dieser umfassenden Arbeit von Karl Kraus in einer Matinee in Szene zu setzen, erfordert Kraft und Mut.

Ein Besuch der Matinee am Sonntag, dem 17. August 2014 im Düsseldorfer ZAKK, Fichtenstraße 40 um 11.00 Uhr dürfte sich lohnen.

VVN-BdA Kreisvereinigung Düsseldorf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Slawische Orthodoxie

Zeitschriften, die in größeren Abständen, im Fall des „deutschen Nachrichtenmagazins“ ZUERST! heißt das monatlich, erscheinen, haben besonders während der sprichwörtlichen Saure-Gurken-Zeit im Hochsommer ein Problem: Wirklich aktuelle Beiträge sind zum Zeitpunkt, in dem das Heft projektiert wird, häufig noch nicht absehbar und das, was bereits für solche Zeiten in den Schubladen der Redaktionen schmort, ist vielleicht interessant aber keinesfalls aktuell. Für einen schnelleren Erscheinungsrhythmus fehlt das nötige Kapital, das wiederum liegt an fehlenden Anzeigeneinnahmen. Und die fehlen, weil kaum ein Unternehmen bereit ist, sein Geld für Anzeigen in langweiligen Magazinen auszugeben – die Katze beißt sich also in den Schwanz.

Konkret heißt das: In der Juliausgabe von ZUERST! gibt es keinen Beitrag zur aktuellen Situation in Palästina bzw. Israel, auch über den Ukraine-Konflikt kann nicht zeitnah berichtet werden. Stattdessen beschäftigt sich die Titelgeschichte mit der „Einäugigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender“. Und um die Anzeigen, die nicht aus Munierverlagen stammen, abzuzählen, sind keine fünf Finger nötig, zwei reichen aus. Sähe man vom braunen Inhalt ab, könnte sich Mitleid entwickeln.

Widmen wir uns zuerst den Beiträgen zum Thema Ukraine: Seit Anfang des Jahres der Konflikt in Kiew eskalierte, wunderten sich kritische Leser(innen) darüber, dass die ZUERST“-Redaktion sich sofort auf die russische Seite schlug und keinerlei Anstalten machte, die reichlich vorhandenen ukrainischen Faschistengruppen und -parteien publizistisch zu unterstützen. Das verwunderte umso mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, dass mit Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus zahlreiche inhaltliche Verbindungslinien vorhanden sind. Stattdessen gibt es mehr als nur Verständnis für die „russische“ Seite, genauer, für diejenigen Ukrainer(innen), die mit der Ukraine, die gegen sie Krieg führt, nichts mehr zu tun haben wollen. Berichte über nationalistische Tendenzen innerhalb der ukrainischen Regierung, die in der antifaschistischen Presse und den russischen Medien häufig zu finden sind, gibt es allerdings auch nicht.

Stattdessen interviewt SERGEY BELOUS den „Volksgouverneur“ von Donezk, PAWEL GUBAREW. Zu lesen ist völkischer Nationalismus: „… um es gleich zu sagen: Dieses Gebiet ist historisch nicht die Ukraine sondern Neurußland. Hier hat man immer schon russisch gesprochen, man war Rußland immer nahe und auch ethnisch leben hier zum überwältigenden Teil Russen… daß wir in einem Staat leben, in dem man die Russen zu Ukrainern umschmelzen will. Oder sie wenigstens zu solchen Russen machen, die ihre historische Heimat Rußland hassen sollen… Es geht für uns um die `russische Welt´, eine orthodox-slawische Kultur“. Unstrittig sollte allerdings sein, dass auch die meisten Ukrainer(innen) Slawen sind, bzw. die ukrainische Sprache eine slawische ist und die vorherrschende Religion ukrainisch-orthodox. Auch Gubarews wirtschaftliche Vorstellungen bestehen weitestgehend aus Leerformeln, an die Rechte ohne Mühe anknüpfen können: „Es reicht langsam, daß ein einziges Land in der ganzen Welt Ressourcen, Handelsgüter und Dienstleistungen in ‚grünen Papierscheinen‘ aufkauft, welche überhaupt keine Gewährleistungen haben….Wir wollen eine wahre Volksherrschaft. Wir rechnen damit, daß das Großeigentum, das sich die Oligarchen in den 1990er Jahren durch Raub angeeignet haben, zum Volkseigentum wird. Wir rechnen damit, daß die soziale Gerechtigkeit obsiegen wird. Das streben wir an“. Konkret ist jedenfalls anders.

Durchaus konkret allerdings ist das, was ATTILA VARGA in seinem Leserbrief zum Thema Russland (und damit gleichzeitig zur Ukraine) schreibt: „Die heutige Situation erinnert fatalerweise an das Jahr 1812: Im Westen ein vereintes Europa, welches sich ideologisch zunehmend auf die ‚Segnungen‘ der blutrünstigen Französischen Revolution beruft, im Osten ein autokratisches Rußland, welches zur Hoffnung für die von Paris bzw. Brüssel ‚beglückten‘ Völker wird – und abseits die anglo-amerikanischen Seemächte, die von der Selbstzerfleischung der Kontinentaleuropäer profitieren. Selbst meine traditionell eher antirussisch gesinnten Landsleute sind in der Mehrzahl inzwischen Putin-Versteher (was man nicht als Ostblocknostalgie interpretieren kann, wählten doch 2014 fast zwei Drittel der Magyaren christlich-nationale Parteien). Die Polen stellen sich wie bereits 1812 erneut dem Imperium – heute der EU – als Kanonenfutter zur Verfügung“. Dieser Text ist zwar inhaltlich durchaus krude, zeigt aber deutlich, um was es der Rechten geht: Sie wollen hinter die Aufklärung, hinter die Idee der gleichen Rechte für alle Menschen zurück ins ideologische (und durchaus dann auch praktische) Miteilalter. Die Titelgeschichte zum Thema „rot-grüner Staatsrundfunk“ (von ROBERT DIEHL, DIRK REINARTZ und STEVE LEROD) ist in erster Linie geprägt von der Behauptung, die öffentlich-rechtlichen Sender seien fest in der Hand von Linken, vor allem von Gewerkschafter(innen). Zeugen dafür sind die üblichen Verdächtigen. Beginnen wir mit der CDU-Rechten VERA LENGSFELD, die noch 25 Jahre nach dem Zerfall der DDR von ihrem Ruf als „Bürgerrechtlerin“ zehrt und selbst den eigenen CDU-Parteifreunden peinlich zu sein scheint: „Was die Politiksendungen betrifft, so werden wir von den Öffentlich-Rechtlichen zunehmend von einem Meinungseinheitsbrei genervt, dem kritische Töne, gründliche Recherche und ein unabhängiger Standpunkt weitgehend fehlen. Wer skeptisch gegenüber Euro-Rettungspolitik, Klimaschutz, Energiewende oder das von der Politik angestrebte Einheitseuropa ist, hat nur die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren.“ Und die Autoren ergänzen: „Diesen Katalog könnte man problemlos erweitern: Kritik an Masseneinwanderung, Gender Mainstreaming, Homo-Lobbyismus, Bundeswehr-Auslandseinsätzen, geopolitischer Einbindung in die `westliche Wertegemeinschaft´ usw. gibt es zwar in der Gesellschaft, aber nicht in öffentlich-rechtlichen Sendern“. Und PETER HELMES, der offenbar zunehmend als Universal-Interviewpartner von ZUERST“ dient, setzt noch eins drauf: „ Unausgewogen ist die politische Berichterstattung allemal. In zahlreichen Sendeformaten wird beispielsweise Werbung für das Konzept der multikulturellen Gesellschaft betrieben. Das findet auf allen Ebenen statt: vom Kinderprogramm über die Unterhaltung bis zu den Kultursendungen. Der Kritik an diesem Konzept wird dagegen kaum Platz gewährt. Und wenn, dann werden die Kritiker der multikulturellen Gesellschaft meist als ‚rechtsradikal‘, ‚irre‘ oder sonst wie aussätzig dargestellt“. Originell ist das nicht – und das liegt nicht nur am Sommerloch. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507